

Jerzy Kochanowski

Das Scheitern der zentraleuropäischen Demokratien nach 1918 am Beispiel von Pilsudskis Polen und Horthys Ungarn

Inhalt

Vorgeschichte	2
Die Symbole: Piłsudski und Horthy	5
Das Bewusstsein des „Umbruches“	8
Parlamentarismus und Diktatur	10
Die Armee	13
Die politischen Eliten	15
Die Regierungsparteien	18
Schlussbemerkungen.....	21
Anhang	24
1. Chronologie Polnische Geschichte im 20. Jahrhundert	24
2. Chronologie Ungarische Geschichte seit 1918.....	29

Das Scheitern der zentraleuropäischen Demokratien nach 1918 auf dem Beispiel von Pilsudskis Polen und Horthys Ungarn

Warum Pilsudskis Polen und Horthys Ungarn vergleichen? Auf den ersten Blick erscheint es sinnvoller, Polen mit Rumänien oder Jugoslawien und Ungarn mit Österreich zu vergleichen. Dennoch verfügen wir bei näherer Betrachtung gerade für den Vergleichsfall Polen und Ungarn über ein spezifisches System politischer, historischer und gesellschaftlicher Faktoren, das es als überaus sinnvoll und gerechtfertigt erscheinen lässt, in diesem Fall komparative Untersuchungen anzustellen. Im gesellschaftlichen und auch historischen Bewusstsein haben sich die beiden Völker und Staatswesen einander sehr angenähert und wurden oft verglichen bzw. sogar gleichgesetzt. In Ungarn wie in Polen konnten sich autoritäre Regime relativ lange Zeit behaupten. Miklós Horthy übernahm die Macht (offiziell) im März 1920. Für Polen setzt man die Zeit des autoritären Regimes in der Regel für die Jahre von 1926 bis 1939 an, obgleich Józef Piłsudski bereits in den Jahren von 1918 bis 1922 Staatschef war und sich schon damals das politische Lager um ihn formierte. Andererseits haben sich die autoritären Regime in Polen und Ungarn ganz unabhängig voneinander entwickelt, weshalb gerade der Vergleich dieser beiden autoritären Systeme es ermöglicht, die in diesen Staatswesen herrschenden Mechanismen und Strukturen herauszuarbeiten.

Vorgeschichte

Polen erschien nach dem Ersten Weltkrieg auf der geographischen Karte Europas als ein neues politisches Gebilde, „aus drei Hälften zusammengesetzt“, wie es damals hieß. Jede dieser „Hälften“ funktionierte zuvor in verschiedenen staatlichen Organismen, die sich voneinander – nicht selten diametral – unterschieden. Dieses Erbe war keineswegs leicht und der Prozess der Vereinheitlichung war praktisch bis 1939 noch nicht beendet. Doch die sozioökonomischen Probleme waren nur ein Grund für die Verspätung der Modernisierungsprozesse und der Demokratisierung des politischen Lebens. Großen und vielleicht sogar entscheidenden Einfluss auf letzteres hatten die geringen demokratischen Erfahrungen der Gesellschaft. Als Erbe der Teilungen entstand außerdem eine bedeutend größere Neigung zu destruktiven als zu konstruktiven Haltungen. Sowohl die Gesellschaft als ganze als auch die politischen Eliten waren an ein Leben in ständiger Opposition gewöhnt. Diese Gewohnheit überdauerte bis zur Zeit der Unabhängigkeit und erschwerte es ganz beträchtlich, Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit zu akzeptieren.

Mit dem Herbst 1918 begann für Polen eine zwanzig Jahre währende Zeit des Staatsaufbaus und der dazugehörigen Institutionen. Im Fall des Königreiches der Krone des Hl. Stephan dauerte dieser Prozess bereits ein halbes Jahrhundert, seit dem Ausgleich mit Wien im Jahr 1867, an. „*Im ungarischen Bewusstsein*“ – schrieb Graf J. Kristóffy – „*war Österreich-Ungarn ein Staatenbund, im österreichischen ein Bundesstaat*“.¹ Zudem besaß Ungarn andere politische Erfahrungen als Polen. Seit der Jahrhundertwende existierte hier ein (theoretisch) vollständiges Spektrum politischer Parteien von der Linken bis zur Rechten. Allerdings waren die Parteien der Arbeiter und der Bauern schwach und die konservativ-liberale Regierungspartei dominierte. Der Formierungsprozess der Parteien „nach staatsrechtlichen Gesichtspunkten“ wurde bis zum Ende der Monarchie Österreich-Ungarns nicht vollständig abgeschlossen². Der ungarische Parlamentarismus

¹ Zit. nach: J. Miskolczy, *Ungarn in der Habsburger-Monarchie*, Wien-München 1959, S. 165-166.

² A. Toth, *Parteien und Reichstagswahlen in Ungarn 1848-1892*, München 1973, S. 26, 28.

und seine Rolle im Staat wurden ständig hervorgehoben. Dies hatte das Gebäude des Budapester Parlaments, eines der größten in Europa, zu symbolisieren. Allerdings konnte die Gesellschaft nur in geringem Maße am politischen Leben teilhaben. Das aktive Wahlrecht besaßen 1906 6,2 Prozent und 1910 6,4 Prozent der Bevölkerung.

Auf die Gestalt sowohl des polnischen als auch des ungarischen autoritären Systems nahmen der Erste Weltkrieg und die unmittelbare Nachkriegszeit entscheidenden Einfluss. Im Fall Polens ist auf die Polnischen Legionen (1914-1917) und insbesondere auf die sogenannte I. Brigade hinzuweisen, die in der österreichisch-ungarischen Armee organisiert war. Diese Legionen waren sowohl militärisch, als auch politisch und in ihrer Selbstwahrnehmung eine besondere Formation und unterschieden sich diametral von anderen polnischen Einheiten, die während des Krieges in der russischen oder französischen Armee eingesetzt wurden. Das verdankten sie ihrer gesellschaftlichen Struktur, für die ein hoher Prozentsatz Intellektueller typisch war. Unter den Offizieren und sogar unter den Unteroffizieren fehlte es nicht an Ingenieuren, Ärzten, Wissenschaftlern, Schriftstellern, Studenten und Gymnasialschülern. Sie gehörten der Generation an, die häufig als „Generation der Ungedemütigten“ bezeichnet wird. Diese Generation war politisch in besonderer, „romantischer“ Weise geprägt: in der Tradition des Aufstandes von 1863 erzogen, hatte sie an der Revolution von 1905-1907 teilgenommen. Die Mehrheit ihrer Vertreter war (trotz der häufig adligen Herkunft) durch einen „sozialistischen“ Lebensabschnitt gegangen³. Auch das war in hohem Maße ein Grund für den egalitären Charakter der Legionsabteilungen, in denen man sich allgemein mit dem Wort „Bürger“ anredete. So wurde gleichsam die innere Einheit der Formation erfolgreich bewahrt.

Das war umso wichtiger, als der Kampf der Legionäre und die von ihnen erbrachten Opfer von der Gesellschaft des Königreichs Polen kühl aufgenommen wurden. Der Plan eines Nationalaufstandes scheiterte. Die gesellschaftliche Akzeptanz ihres Tuns wurde allmählich vom anwachsenden Kult um den „Führer“ – Piłsudski – ersetzt, der eine Art Flucht vor der Einsicht in die Sinnlosigkeit ihres Kampfes darstellte. Die Entstehung des Piłsudski-Kultes führte bei den Legionären dazu, dass sie immer seltener eigenständige Ideen entwickelten. Es wurde zum Prinzip, dass Piłsudski (der Kommandant, „Großvater“, „Führer“) die Entscheidungen traf. Die Legionäre begannen die Welt mit seinen Augen zu sehen und wurden seine treue Leibgarde - die „Garde des Führers“. Sie vertrauten entweder Piłsudski oder den Menschen seiner nächsten Umgebung. Man kann von einer regelrechten „Ideologie der Ersten Brigade“ sprechen. Diese zeichnete sich durch die Überzeugung der Soldaten von ihrer Auserwähltheit und von der Richtigkeit ihres Tuns aus. Die Hauptlösung war die Erringung der Unabhängigkeit. Alle tiefer gehenden Überlegungen bezüglich eines politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Programms wurden durch den Glauben an Piłsudski ersetzt⁴.

Während für Ungarn mit dem Herbst 1918 der Niedergang des Staates einsetzte, begann für Polen dessen Aufbau. Auf die Haltung der radikalisierten und kriegsmüden Gesellschaft hatte das einen sehr positiven Einfluss. Die allgemeine Begeisterung wurde von der Forderung eines gesellschaftlichen Umbaus begleitet, der allerdings ohne eine entschiedene Revolution vor sich gehen sollte. Die Mehrheit der zahlreichen an der Jahreswende 1918/19 protestierenden und streikenden Menschen erwartete eine Verbesserung ihrer Lage nicht von der Revolution und gewaltsamen Veränderungen,

³ B. Cywiński, *Rodowody niepokornych*, Warszawa 1971; R. Wapiński, *Pokolenia Drugiej Rzeczypospolitej*, Wrocław 1991.

⁴ T. Nałęcz, *Z genezy legionowej grupy piłsudczykowskiej (Zur Herkunft der Piłsudski-Anhänger aus den Legionen)*, in: „Przegląd Historyczny“ („Historische Rundschau“) Bd. LXV, 1974.

sondern von der Reformtätigkeit des wiedergeborenen Staates. Diese Erwartungen wurden auch in hohem Grade erfüllt. Die polnische Sozialgesetzgebung am Beginn der Unabhängigkeit war im damaligen Europa eine der fortschrittlichsten.

Es gelang, den inneren *status quo* zu erhalten. Bereits im Januar 1919 fanden demokratische Wahlen statt, und zwar mit einer sehr hohen Wahlbeteiligung (auch Frauen hatten das aktive Wahlrecht). Im März 1921 wurde eine der demokratischsten Verfassungen Europas verabredet. Die Verfassung führte das parlamentarische System nach dem Vorbild der Französischen Verfassung von 1875 ein, nach der die Regierung wie auch das Staatsoberhaupt vom Parlament abhängig waren. Der Präsident wurde von der Nationalversammlung gewählt und besaß bloße Repräsentationsbefugnisse. Theoretisch berief er die Premierminister, doch war dafür das Einverständnis der Sejmmehrheit notwendig, die bei der Teilung des Sejm in eine große Zahl von Klubs und Fraktionen sehr schwer zustande kam. Darüber hinaus war der Sejm praktisch niemand rechenschaftspflichtig.

Diese schwache Position der Exekutivgewalt war ein Sieg der Rechten. Die Linke sprach sich – ähnlich wie Piłsudski – für das amerikanische Modell aus, nach dem der Präsident, der zudem über große Vollmachten verfügte, vom Volk gewählt wurde. Das konnte die Rechte nicht zulassen, weil in solchen Wahlen Piłsudski jeden anderen Kandidaten weit hinter sich gelassen hätte. Die Mängel dieser Verfassungsgrundsätze traten bald zutage. Bei einem nur wenig stabilen Parlament wechselten die Regierungen häufig, so dass den außerparlamentarischen Ausschüsse hohe Bedeutung zukam. Das beeinträchtigte ein effektives Regieren des Landes wesentlich, und zwar gerade in Zeiten, die oft schnelle und radikale Lösungen erforderten.

Die geringen politischen Erfahrungen der Gesellschaft und die Schwäche ihrer politischen Repräsentationen begannen sich jedoch zu rächen. Das Parlament war gespalten (besonders nach der nächsten Wahlen in 1922!) und es gelang nicht, dort eine stabile Mehrheit zu errichten. Konsolidierende Faktoren wie die Begeisterung über die errungene Unabhängigkeit oder der Kampf um die Staatsgrenzen verloren bald ihre Wirkung. Innere Konflikte lebten auf und wurden durch die schlechte ökonomische Situation weiter verschärft. Die Propaganda des Piłsudski-„Lagers“ baute (besonders während seiner sogenannten Verbannung in die Warschauer Vorstadt Sulejówek zwischen 1923 und 1926) Piłsudski wirkungsvoll zu einer Figur auf, die prädestiniert sei, sich allem Übel, den Machenschaften des Sejm, der Korruption und dem Diebstahl entgegenzustellen. Auch Piłsudski begann seinen Willen zur Rückkehr in die Politik zu demonstrieren. Er traf dabei auf Stimmungen in der Gesellschaft, die der „Sejmokratie“ und der schwierigen wirtschaftlichen Situation bereits überdrüssig waren.

Zum „Maiumsturz“ im 1926 kam es fast acht Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. Diese Zeit reichte aus, um im politischen Bewusstsein der Gesellschaft sowohl antidemokratische als auch demokratische Spuren zu hinterlassen. Im Fall Ungarns verlief der vergleichbare Prozess viel rascher und nahm vor allem aufgrund der äußeren Gegebenheiten bedeutend schärfere Formen an. Zwischen der Proklamation der Ungarischen Republik durch den Premier M. Károlyi und dem Einzug M. Horthys in Budapest verging genau ein Jahr (16.XI.1918 - 16.XI.1919). Dieser beschleunigte Prozess war entscheidend vom „Ausgangspunkt“ beider Gesellschaften geprägt, denn während Polen einen großen Schritt nach vorn tat, erlitt Ungarn eine Reihe herber Rückschläge. Die erste Erfahrung der Polen war Begeisterung, die der Ungarn – Schock und Enttäuschung. Demzufolge ging die „Revolutionswelle“ in Ungarn entschieden weiter als in Polen. An der

Weichsel hielt sie in der Etappe der demokratischen, parlamentarischen Republik inne, an der Donau erst in der kommunistischen Ungarischen Räterepublik (21. März - 1. August 1919).

Sowohl für die früheren Eliten, als auch für die *gentry* wurde die Ungarische Räterepublik zur schwersten Erfahrung, die während ihrer Existenz die Zweigleisigkeit in der Tätigkeit der ungarischen politischen Eliten vertiefte, zugleich aber zur Bestimmung eines gemeinsamen Nenners führte. Auf der einen Seite stand die ultrakonservative Gruppe der Aristokraten, Landbesitzer und hohen Beamten, die sich um István Bethlen sammelte. Sie strebte die Wiederherstellung der Monarchie und der früheren politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse an. Diese Gruppe wirkte in Wien. Auf der anderen Seite bildete das französisch besetzte Szeged das Zentrum konterrevolutionär eingestellter Beamter, Offiziere und verarmter Kleinadeliger⁵. Diese Bewegung war zugleich in hohem Maße antikapitalistisch und antifeudalistisch. Ohne die Prinzipien der Monarchie zu verneinen, erstrebte sie – im Gegensatz zu den „Wiener“ Aristokraten – die Bildung eines nationalen Königreiches. Auch fehlte es unter ihnen nicht an Befürwortern einer Militärdiktatur.

Man benötigte einen Mann mit einem bekannten Namen, der zugleich nicht durch seine bisherige politische Tätigkeit kompromittiert sein durfte. Es ist schwer zu sagen, wer auf Admiral Miklós Horthy hinwies. Tatsächlich sahen aber beide Seiten in diesem Vorschlag einen günstigen Kompromiss. Sowohl Horthys Herkunft als auch seine bisherige Karriere weckten auf beiden Seiten Hoffnungen. Für „Szeged“ zählte, daß er nicht aus einer aristokratischen Familie stammte, sondern aus der *gentry*. Er war ein Offizier von gefestigtem Ansehen, und seine skrupellose Niederschlagung des Matrosenaufstandes von Cattaro im Jahr 1918 versprach, dass er gegen die Ungarische Räterepublik ähnlich kompromisslos vorgehen würde. Für die Aristokraten war er der beliebte Adjutant des Kaisers Franz Joseph, der Chef der österreichisch-ungarischen Flotte, ein treuer Freund des Kaisers und Königs Karl. Dass er außerdem ein „homo novus“ in der Politik war, stellte in diesem Fall ein zusätzliches Plus dar.

Horthy traf am 6. Juni 1919 in Szeged ein und nahm das Spiel auf, das ihm schließlich die Macht einbrachte. Auf der einen Seite unterstützte er demonstrativ die „Szegediner-Gruppe“, auf der anderen stand ihm die Partei von Bethlen politisch näher. Dieses Vorgehen betraf letztlich nicht nur die Jahre 1919 und 1920, sondern auch die dreißiger Jahre und die Zeit des Zweiten Weltkrieges.

Die Symbole: Piłsudski und Horthy

Im Europa der Zwischenkriegszeit gehörten die Begründer und Anhänger der totalitären Systeme gewöhnlich einer relativ jungen Generation an (Hitler – geb. 1889; Mussolini – 1883). Aber an der Spitze der „Bewegungen der autoritären Rechten“ standen gewöhnlich die „alten Diktatoren“. Die Personen Piłsudski und Horthy bestätigen diese Annahme. Beide Politiker sind in *gentry*-Familien geboren: Piłsudski am 5. Dezember 1867, Horthy am 18. Juni 1868. Beide waren Kinder ihrer Zeit und wurden durch ihre Umgebung geprägt, was entscheidend ihre Lebenswege beeinflusste. Im Falle Horthys war es die Karriere eines Marineoffiziers, des Flügeladjutanten Franz Josefs, eines Kommandanten der k.u.k.-Flotte und später der konterrevolutionären Nationalen Armee. Im Fall Piłsudskis – der Weg des Konspirators, des politischen Verbannten in Sibirien, des Sozialisten und schließlich des

⁵ M. Szöllösi-Janze, Die Pfeilkreuzlerbewegung in Ungarn, München 1989, S. 66.

Gründers des Polnischen Heeres (und sogar des polnischen Staates)⁶. Aber trotz der ganz verschiedenen Lebenswege war ihre Einstellung zur Politik, insbesondere zur Demokratie und zu politischen Extremen, sehr ähnlich. Man kann sagen, dass beide als Persönlichkeiten der „goldenen Mitte“ galten. Es gibt keinen Zweifel, dass beide – Piłsudski in den Jahren 1918 und 1926 sowie Horthy 1919/1920 – von breiten Kreisen der Gesellschaft akzeptiert wurden. Und auch beide Politiker erfüllten nicht die in sie gesetzten Erwartungen.

Es fehlt jedoch nicht an Unterschieden zwischen den beiden. Piłsudski hatte nur in den Jahren 1918-1922 das Amt des Staatsoberhauptes inne. In der Zeit aber, die am stärksten mit seinem Namen verbunden ist (1926-1935), war er nur Verteidigungsminister und zweimal Premier. Als er allerdings 1926 zum Präsidenten gewählt wurde, nahm er diese Wahl nicht an und begründete diesen Schritt damit, dass durch die Verfassung die Befugnisse des Staatsoberhauptes zu stark eingeschränkt seien. Stattdessen wurde im Jahre 1926 Ignacy Mościcki Präsident, der ein hervorragender Chemiker, aber ein schwacher und farbloser Politiker war. Doch genau einen solchen Menschen brauchte Piłsudski – einen bedingungslos untergebenen Strohmann, der ohne Widerrede alle Anweisungen befolgte. Diese Wahl erlaubte es Piłsudski, den Anschein der Rechtsstaatlichkeit zu wahren.

Piłsudski war also ein Diktator, aber ein Diktator, dem es nicht um die Macht um der Macht willen bzw. um die sichtbaren Attribute der Macht ging. Er verfiel nicht der Krankheit, sich in allem auskennen zu wollen. Er verstand es, seine Macht zu delegieren, indem er seinen Mitarbeitern zu immer verantwortungsvolleren und selbständigeren Ämtern verhalf. Grundsätzlich kontrollierte er sie auch nicht, zum einen, weil er nie ein Anhänger systematisch organisierter Arbeit war, zum anderen, weil er erkannt hatte, dass bei seinem sich ständig verschlechternden Gesundheitszustand immer mehr Pflichten auf den Schultern seiner „Obristen“ verteilt werden mussten. Eigentlich war jedes der aufeinanderfolgenden Kabinette eine Regierung des Marschall Piłsudski, und dieser selbst behielt sich das Recht vor, über den Posten des Premiers, des Außen- und Innenministers zu entscheiden; Verteidigungsminister war er stets selbst.

Im Gegensatz zu Piłsudski übernahm Horthy die Macht auf legalem Wege. Am 1. März 1920 stimmten – wenn auch unter dem Druck der Armee – 131 von 141 Mitgliedern der Nationalversammlung für den Admiral. Auch fügte er sich den anfänglich nur geringen und eher repräsentativen Befugnissen des Regenten. Schrittweise weitete Horthy seine Befugnisse als Regent aus – zwar auf Kosten des Parlamentes, aber mit dessen Zustimmung. Im August 1920 erhielt er das aus Prestigegründen wichtige Amnestierecht sowie in begrenztem Umfang das Recht, das Parlament zu vertagen oder aufzulösen. Seit 1926 durfte er 40 (später 50) Mitglieder des Oberhauses berufen, ab 1933 besaß er das volle Recht zur Vertagung bzw. Auflösung des Parlaments. Kraft des Gesetzes XIX/1937 konnte er nicht mehr vom Parlament zur Verantwortung gezogen werden. Die englische „Times“ bemerkte dazu, Horthy könne von nun an ohne weiteres als „King Horthy I“ tituiert werden. Den Abschluss dieser Entwicklung bildete das Gesetz II/1942 über die Einführung des Amtes des stellvertretenden Reichsverwesers, zu dem Horthys Sohn István gewählt

⁶ Über J. Piłsudski siehe letzters: A. Garlicki, *Józef Piłsudski 1867-1935*, Warszawa 1988; W. Suleja, *Józef Piłsudski*, Wrocław 1995; J. Cisek, *Józef Piłsudski*, Warszawa 2007; Z. Wójcik, *Józef Piłsudski 1867-1935*, Warszawa 2002; über M. Horthy: P. Gosztony, *Miklos von Horthy. Admiral und Reichsverweser*, Zürich-Frankfurt 1973; T. Sakmyster, *Hungary's admiral on horseback. Miklós Horthy 1918-1944*, Boulder, Colorado 1994; Idem, *Miklós Horthy. Ungarn 1918-1944*, Wien 2006; L. Püski, *A Horthy-rendszer (1919-145)*, Budapest 2006.

wurde⁷. Trotz dieser „königlichen“ Befugnisse war er jedoch kein Diktator wie Piłsudski. Er agierte für gewöhnlich innerhalb der Grenzen des Rechtes, ohne es zu brechen oder zu beugen.

Wenn auch Piłsudski eindeutig ein „Führer“ war, so kann man das gleiche von Horthy nur schwer behaupten. Piłsudski war der „Führer der Legionen“, „oberster Führer“, „Führer des Volkes“, „Führer Polens“, „Führer des Staates“, um nur einige Beispiele für die zahlreichen Titulierungen des Kommandanten zu nennen. Diese Bezeichnungen waren Teil einer massiven und – wie man zugeben muss – erfolgreichen Staatspropaganda. Der Namenstag Piłsudskis, der 19. März, wurde zum inoffiziellen Staatsfeiertag. Noch zu Lebzeiten Piłsudskis wurden spezielle Ratgeber herausgegeben, die darüber aufklärten, wie die mit der Verehrung Piłsudskis verbundenen Feierlichkeiten zu begehen seien⁸. Einen erheblich größeren Umfang besaß auch die materielle Seite des Piłsudski-Kultes – sowohl was die Anzahl der Denkmäler als auch was die Zahl der Wettbewerbe betrifft, in denen die Gemeinden um die beste Würdigung Piłsudski wetteiferten⁹. Die Krönung dieses Kultes stellte die wahrhaft königliche Bestattung des Kommandanten im Wawel zu Krakau, der traditionellen Nekropole der polnischen Herrscher, dar. Dies alles bedeutet natürlich nicht, dass Horthy eine unbeliebte Persönlichkeit gewesen wäre. Im Gegenteil, er erlangte – insbesondere in der Provinz – eine nicht unbedeutende Popularität. Horthy wurde aber nie zu einer Figur, welche die Gesellschaft durch eine Trennlinie spaltete. Piłsudski hingegen war eine solche Figur.

Sowohl Piłsudski, als auch Horthy hatten ein ähnliches Ziel: Unter ihrer Leitung sollten Polen und Ungarn sicher die schwierige Zeit des staatlichen und ideologischen Chaos in Europa überstehen. Sie besaßen jedoch keine wirkliche politische Vision, wie dies zu bewerkstelligen sei und wie man vorzugehen habe, wenn sich wieder normale Zeiten einstellten. Beide gehörten zu einer überholten Generation von Politikern. Die Geschichte ging jedoch mit Piłsudski gnädiger um: Er starb früher. Die Nachricht von seinem Ableben befand sich auf den ersten Seiten der größten Tageszeitungen. Es gingen Bilder vom nachdenklich in sich versunkenen Hitler um die Welt, die zeigten, wie er vor der in Berlin ausgestellten Kopie des Sarges des polnischen Diktators stand. Horthy starb dagegen schon in ganz anderen Zeiten (am 9. Februar 1957 in Portugal). Sein Tod blieb in Ungarn fast unbemerkt, und in der westlichen Presse fanden sich nur kümmerliche Notizen darüber.

Im Unterschied zu Ungarn, wo die gesamte Zeit von 1920 bis 1944 mit der Person Miklós Horthys verbunden ist und deswegen auch „Ära Horthy“ genannt wird, stellt der Tod Piłsudskis in Polen eine eindeutige Epochengrenze dar. Übereinstimmend mit der Tradition der „Führerschaft“, die er selbst geschaffen hatte, begann man sofort mit der Suche nach

⁷ Szöllösi-Janze, S. 76-77.

⁸ Zum Beispiel: Poradnik dla urządzających obchody i akademie ku czci Marszałka Józefa Piłsudskiego (Ratgeber zur Abhaltung von Gedenkfeiern zu Ehren des Marschalls Piłsudski), Łódź 1934.

⁹ I. Grzesiuk-Olszewska, Świątynia Opatrzności i Dzielnica Piłsudskiego. Konkursy w latach 1929-1939 (Ein Heiligtum der Vorsehung und ein Stadtviertel für Piłsudski. Wettbewerbe in den Jahren 1929-1939), Warszawa 1993; P. Cichoracki, „Z nami jest On“. Kult Marszałka Józefa Piłsudskiego w Wojsku Polskim w latach 1926-1939 („Mit uns ist Er“. Der Marschall Piłsudski-Kult im polnischen Heer 1926-1939), Wrocław 2001; Idem, Legenda i polityka: kształtowanie się wizerunku Marszałka Józefa Piłsudskiego w świadomości zbiorowej społeczeństwa polskiego w latach 1918-1939 (Legende und Politik. Gestaltung des Bildes von Marschall Piłsudski im kollektiven Bewusstsein der polnischen Gesellschaft 1918-1939), Kraków 2005; H. Hein, Der Piłsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat 1926-1939, Marburg 2002.

einem neuen Anführer, der die gesamte Verantwortung auf sich nehmen würde. Das Rennen machte General Edward Rydz-Śmigły, dem Piłsudski ausschließlich eine militärische Stellung zugeordnet hatte, nie jedoch eine politische. Er besaß aber die Unterstützung der Armee und wagte somit einen Staatsstreich. Er zwang Präsident Mościcki dazu, ihn formal als zweitwichtigsten Politiker im Staate zu akzeptieren, während er de facto zum wichtigsten Mann wurde. Bekräftigung fand diese Tatsache durch ein Rundschreiben von Premier Składkowski vom Juli 1936 *„Übereinstimmend mit dem Willen des Herrn Präsidenten der Republik, Ignacy Mościcki, ordne ich folgendes an: Der General Śmigły-Rydz, der von dem Herrn Marschall Józef Piłsudski zum Ersten Verteidiger des Vaterlandes und zum Ersten Mitarbeiter des Herrn Präsidenten der Republik bei der Leitung des Staates bestimmt worden ist, hat als erste Person in Polen nach dem Herrn Präsidenten der Republik angesehen und geehrt zu werden. Alle Funktionäre des Staates mit dem Ministerrat an der Spitze schulden ihm die gebührenden Ehrenbezeichnungen und Gehorsam“*¹⁰. Kurz danach erhielt er noch den Marschallstab – dem Grundsatz gemäß, dass *„der Präsident herrscht, der nächste Marschall aber regiert“*¹¹.

Versucht man, eine ungarische Entsprechung für Edward Rydz-Śmigły zu finden, stößt man automatisch auf die Person Gyula Gömbös'. Auch er strebte nach der „Führerschaft“ und versuchte, sich von Horthy zu distanzieren. Ähnlich wie Rydz, so leitete auch Gömbös als „Parteführer“ („partvezér“) die Regierungspartei. Sowohl der Versuch, diese Parteien in zentralistische Massenorganisationen umzuwandeln, als auch ihre Auffassung von der „Führerschaft“ brachten Rydz und Gömbös dem faschistischen Modell nahe, auch wenn nicht alle Bedingungen sine qua non erfüllt wurden. Es gab noch ein Moment, das Rydz Gömbös ähnlicher machte als Piłsudski oder Horthy. Die Autorität, die Piłsudski und Horthy besaßen, erlaubte es ihnen, auf die Suche von neuen politischen Konzeptionen zu verzichten. Rydz hingegen propagierte sein „Lager der Nationalen Einigung“ (OZN) und verfolgte dadurch automatisch gewisse politische Ziele. Ähnlich wie im Falle Gömbös endete auch Rydz' Programm in einem Fiasko.

Piłsudski hatte das Glück, früher als Horthy zu sterben. Dasselbe kann man von dem 1936 verstorbenen Gömbös sagen. Das Schicksal ersparte ihm das, was Edward Rydz-Śmigły durchleben musste – Erniedrigungen und den Vorgeschmack der völligen Niederlage.

Das Bewusstsein des „Umbruches“

Die Bedingung *sine qua non* jedes autoritären (und auch totalitären) Systems ist die Ablehnung der vorangegangenen Periode. Den Weg zur Macht ebneten für Horthy die revolutionären Ereignisse der Jahre 1918/1919 („Asterrevolution“ und Ungarische Räterepublik), für Piłsudski die Schwächen des parlamentarischen Systems in Polen. In beiden Fällen verlief die Machtübernahme vor dem Hintergrund einer schlechten Wirtschaftslage und Problemen mit den Nachbarn. Unter diesen Umständen bildeten sich die grundsätzlichen politischen Schlagworte heraus: „moralische Gesundung“ in Polen und „Konsolidierung“ in Ungarn.

Die Politiker um Piłsudski kritisierten und negierten die Grundlagen des Systems, das durch den Maiumsturz beseitigt wurde und das eine sehr ausgeprägte Form des

¹⁰ „Polska Zbrojna“ („Das bewaffnete Polen“), Nr. 193, 16.07.1936.

¹¹ Über Edward Rydz-Śmigły siehe letztens: R. Mirowicz, *Edward Rydz-Śmigły: działalność wojskowa i polityczna* (Edward Rydz-Śmigły. Militärische und politische Tätigkeit), Warszawa 1988; M. Jabłonowski, P. Stawecki, *Następca Komendanta. Edward Śmigły-Rydz: materiały do biografii* (Nachfolger vom Marschall Piłsudski. Edward Śmigły-Rydz: Materialien zur Biographie), Pułtusk 1998.

Parlamentarismus dargestellt hatte. Sie konnten sich aber nicht auf Werte berufen, die diesem System vorangegangen wären. Notwendig war die Bildung eines völlig neuen politischen Systems, neuer Losungen und neuer Grundsätze. Es verwundert daher nicht, dass das „Pilsudski-Lager“, das einige Male versucht hatte, mittels eines Militärputsches die Macht zu ergreifen, was dann im Mai 1926 endlich gelang, diese Tatsache als „Revolution“ bezeichnete. Bald wurden zur genaueren Charakterisierung des Vorganges die Ergänzungen "Mai-" und "moralisch" hinzugefügt.

Eine „politische Revolution“ muss plötzliche Veränderungen herbeiführen. Das leitet sich schließlich aus der Definition dieses Begriffes ab. Gewöhnlich wird eine Revolution auch im Interesse einzelner Gruppen oder Klassen durchgeführt. Im Falle der polnischen „Revolution“ trafen diese Kriterien nicht zu. Obwohl die Armee die treibende Kraft der „Revolution“ war, welche die legale und demokratisch gewählte Regierung stürzte, stand hinter diesem Vorgang doch die Intention einer ganzheitlichen "moralischen Revolution". Deren Begründung sah man in der Notwendigkeit, die ganze Gesellschaft - im Interesse des Ganzen und nicht einzelner Gruppen - moralisch zu bessern¹².

Der Maiumsturz war für das Pilsudski-Lager eine Art „Stunde Null“ im ganzen Land. Das Bewusstsein der siegreichen „Revolution“ bildete beim Aufbau des "neuen Polen" ein Element von erstrangiger Bedeutung. Die „Mairevolution“ war für diese Politiker keine Tageslosung, die schnell auf den Müll vergänglicher tagespolitischer Parolen geworfen wurde. Ganz im Gegenteil – sie wurde bis zum Ende der Zweiten Republik verwendet. Die „Mairevolution“ war für die Anhänger Pilsudskis ein unumkehrbarer Prozess, der ihre Macht schlechthin legitimierte. Man griff außerdem auf den moralischen Katalog zurück, der sich noch auf die „Ideologie der Ersten Brigade“ berief. Dies ermöglichte es, die für das Pilsudski-Lager so günstigen Elemente der „Führeridee“ wie auch andere aus den früheren Verdiensten resultierenden Grundlagen in das Programm der „moralischen Gesundung“ einzubeziehen, um somit für sich eine Führungsrolle in der Gesellschaft zu legitimieren.

Die Losungen von der „moralischen Gesundung“ bzw. von der „moralischen Revolution“ erlaubten es, sowohl sich selbst als auch die Gegner in den moralischen Kategorien von Gut und Böse darzustellen und das abstrakte „Gute“ mit konkreten politischen Zielsetzungen zu verschmelzen. Dies war eine Besonderheit des polnischen autoritären Systems. Die „Sanacja“ (vom lateinischen „sanatio“) betont, dass nur sie selbst moralisch rein, den moralischen Geboten treu und zur Kontrolle über ihre Erfüllung berufen sei. Nur sie – die Pilsudski-Anhänger – waren sowohl zu moralisch-ethischen Weisungen, als auch zum politisch-juristischen Handeln befugt, das auf solchen Mechanismen beruhte, die nur vollkommen integren Menschen eine Übernahme staatlicher Ämter erlaubten.

Das im Falle Polens starke Bewusstsein eines Umbruchs, einer „Stunde Null“, gab es in Ungarn nicht. Mit einer solchen Argumentation hätten Horthy oder Bethlen die Legitimationsgrundlagen ihrer Macht weitgehend verloren. Im Unterschied zu den Anhängern Pilsudskis konnten sie auch keine neuen Werte schaffen, die in Polen allerdings auch erst auf dem Boden der Jahre 1918 bis 1926 gezüchtet worden waren. Auch wurden in Ungarn andere Feindbilder bemüht. In Polen waren dies „unbestrafter Diebstahl“, „Parteienzwist“, „Sejmokratie“ und die rechtsgerichteten politischen Gruppierungen. Die ungarischen Sieger suchten in der vergangenen Periode nicht nach einzelnen zu

¹² W.T. Kulesza, *Koncepcje ideowo-polityczne obozu rządzącego w Polsce w latach 1926-1935* (Ideologisch-politische Konzeptionen des Regierungslagers in Polen in den Jahren 1926-1935), Wrocław-Warszawa-Kraków 1985, S. 121.

bekämpfenden Übeln. Vielmehr war diese als ganze nicht zu akzeptieren. Es ist symptomatisch, dass es die erste Entscheidung des im Jahr 1920 gewählten Parlaments war, die Periode der „Asterrevolution“ und der Ungarischen Räterepublik (zwischen dem 31. Oktober 1918 und dem 1. August 1919) in juristisch-staatlicher Hinsicht als ungültig zu erklären.

Das zweite Element, das die Wirkungsweise und die Ziele des ungarischen Systems dauerhaft prägte, war der Zerfall Großungarns, der von dem am 4. Juni 1920 in Trianon unterzeichneten Friedensvertrag bekräftigt wurde. „*Das Nein zum Kommunismus und zur Trianoner Grenzziehung*“ – schrieb M. Szöllösi-Janze – „*war in breiten gesellschaftlichen Schichten verankert und bildete einen, wenn nicht sogar den grundlegenden sozialpsychologischen Faktor, der die geschichtliche Entwicklung Ungarns von 1919 bis 1944/45 durchzog*“¹³.

Die Vertreter des Belvedere-Lager in Polen gingen mit „moralisch-ethischen“, die ungarischen Erneuerer dagegen mit „politisch-juristischen“ Kategorien an die Revolution heran. Das ist an den bereits angeführten Losungen beider Systeme zu sehen: in Polen die begrifflich verschwommene „moralische Gesundung“, in Ungarn die „Konsolidierung“, die in sehr praktischer Weise nach einem Ende 1921 angenommenen Grundsatzkatalog realisiert wurde. Den Weg zur staatlichen Konsolidierung bildeten nach Absicht des Programmschöpfers, István Bethlen, die Erhaltung früherer gesellschaftlicher, politischer und rechtlicher Normen und die Bewahrung der Macht durch die früheren Eliten bei gleichzeitiger Eliminierung oder Neutralisierung der politischen Gegner.

Parlamentarismus und Diktatur

„*Demokratie kann ja nicht die blinde Herrschaft der Massen, der rohen Massen bedeuten. (...) Die wahre Demokratie sichert die Führung der intelligenten Klassen (...). Die Demokratie, die nicht auszusprechen wagt, daß in dieser Demokratie die Intelligenz zur Führungsrolle berufen ist, ist keine Demokratie, sondern Demagogie.*“¹⁴ Diese von István Bethlen im April 1921 formulierten Worte könnte man sowohl Horthy als auch Piłsudski zuschreiben. Wie sah jedoch angesichts solcher Erklärungen das Verhältnis zur Demokratie in diesen beiden Ländern aus, insbesondere zu deren grundlegenden Determinanten – dem parlamentarischen System, der Rechtsstaatlichkeit und der Verfassung?

Piłsudski ließ den Sejm keineswegs deshalb bestehen, weil er von der Überlegenheit der parlamentarischen Demokratie überzeugt war. Die Gründe für das Verwerfen einer „offenen Diktatur“ waren eher praktischer Art. Die Auflösung des bestehenden Parlaments und die Wahl eines neuen hätten ebenfalls ungünstig gewirkt. Eine im Oktober 1926 erarbeitete Wahlprognose schätzte, dass die Regierung höchstens 82 Abgeordnete (von 444) ins Parlament bringen könnte. Die Anhänger Piłsudskis besaßen außerdem keine eigenen politischen Strukturen in Form einer Partei oder eines Apparates, ihr Handeln war chaotisch und improvisiert. Man musste das existierende Parlament also bestehen lassen, einerseits im Hinblick auf Propaganda- und Prestigefragen, andererseits auch als eine Bühne, auf der das aufwieglerische und gesellschaftsfeindliche Verhalten der Opposition gezeigt werden konnte. Zudem sollten so die demokratischen Institutionen lächerlich gemacht und kompromittiert werden. „*Man muß das Parlament von Beginn an einschläfern*“ – erklärte

¹³ Szöllösi-Janze, S. 69.

¹⁴ Ebenda, S. 78.

Piłsudski dem italienischen Gesandten Giovanni Majoni im Juni 1926 – „und es später seiner eigentlichen Rolle zuführen: dem Heben und Senken der Hände“¹⁵.

Die Methode von „Zuckerbrot und Peitsche“ wandte Piłsudski gegenüber dem Sejm bis zum Jahr 1930 mit Erfolg an. Mit der Auflösung des Sejm, den sogenannten „Brester Verhaftungen“ früherer Abgeordneter und den darauf folgenden „Brester Wahlen“ verwandelte sich 1930 der "militärische Streifzug" in einen „totalen Krieg“. Er währte bis zur Verkündung der "Aprilverfassung" von 1935, in der die Bedeutung des Parlaments minimalisiert und seine Rolle tatsächlich auf das „Händeheben“ beschränkt wurde.

Piłsudski führte also keine völlige Diktatur ein, sondern ein System entsprechender Anpassungen von Verfassungsregeln. Dieses System arbeitete relativ wirkungsvoll, da die Mehrheit des Kreises um Piłsudski (und sogar ein Teil der Opposition) dessen Autorität über alle gültigen Gesetze stellte. „*Formal galt immer noch die Märzverfassung, das Parlament arbeitete weiter, ebenso die freie Presse, und die Opposition besaß die Möglichkeit freien Handelns. Aufgehoben wurde dagegen das wichtigste Element der parlamentarischen Demokratie – das Recht des Sejmmehrheit, die Regierung zu wählen und abzuwählen, sowie das Recht des Parlaments, die Handlungen der Exekutivorgane (...) zu kontrollieren*“.¹⁶

Ohne irgendeine verfassungsmäßig definierte Stellung zu übernehmen, wurde Piłsudski zum übergeordneten Herrschaftszentrum. Das Prinzip der „informellen“ Machtausübung traf schließlich nicht nur auf Piłsudski zu. Er war von einer nicht sehr großen Gruppe naher Mitarbeiter umgeben, welche die wichtigsten Entscheidungen im Staat trafen, häufig ohne irgendeine offizielle Funktion zu erfüllen. Die Regierung wurde damit zugleich immer mehr zu einer administrativen Gewalt und führte die Entscheidungen aus, die von der „Gruppe der Obristen“ getroffen wurden. Der Premierminister wiederum erhielt sein Mandat nicht vom Parlament, sondern war von Piłsudskis Willen und Vertrauen abhängig.

Diese außergewöhnliche Stellung Piłsudskis sowie die Akzeptanz außergesetzlichen Handelns hatte die Geringschätzung von Verfassungsfragen zur Folge. Es genügte die sogenannte „Augustnovelle“ vom 2. August 1926, mit der die Rechte des Präsidenten erweitert wurden – wenn auch nicht so, wie es die Mehrheit der Anhänger Piłsudskis wollte. Die neue Verfassung unterschrieb Präsident Ignacy Mościcki erst am 23. April 1935. Sie gab dem Präsidenten gewaltige Vorrechte: die Nominierung des Premierministers, des Vorsitzenden des Obersten Gerichts, des Oberbefehlshabers und eines Drittels der Senatoren. Er konnte das Parlament auflösen und selbständig Recht sprechen. Fragen der Regierung, der staatlichen Verwaltung und der Armee wurden aus der Kompetenz des Parlaments herausgenommen. Der Sejm konnte die Regierung kontrollieren und ihren Rücktritt fordern, doch der Präsident musste dem nicht zustimmen. Die Regierungskompetenzen waren nicht klar formuliert und umfassten damit alles, „was anderen Regierungen nicht verboten ist“. Auf der anderen Seite jedoch wurden in der Verfassung das Prinzip des Parlamentarismus an sich, das Mehrparteiensystem, die Unabhängigkeit der Gerichte und die bürgerlichen Freiheiten festgeschrieben, obwohl dort gleichzeitig dem Staatsoberhaupt die „Rechte eines Königs“ garantiert wurden. Doch gelang es Präsident Ignacy Mościcki trotz der verfassungsmäßig garantierten Rechte nie, eine

¹⁵ Zit. nach A. Chojnowski, *Piłsudzczy u władzy. Dzieje Bezpartyjnego Bloku Współpracy z Rządem* (Die Piłsudski-Anhänger an der Macht. Die Geschichte des parteilosen Blocks für die Zusammenarbeit mit der Regierung), Warszawa 1986, S. 11.

¹⁶ A. Chojnowski. *Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem* (Der parteilose Block der Zusammenarbeit mit der Regierung), in: „*Mówią Wieki*“ („Die Jahrhunderte sprechen“), Nr. 9, 1993, S. 2.

übergeordnete Stellung einzunehmen. Er musste sich die Macht mit Edward Rydz-Śmigły teilen. Die neue Verfassung wurde also sofort gebrochen. Das im Zwischenkriegspolen beliebte Sprichwort „*Die Verfassung des 3. Mai 1791 begeht man einmal im Jahr, die gültige Verfassung umgeht man täglich*“ gewann eine neue, aktuelle Bedeutung.

Man kann sagen, dass Ungarn sich in einer weitaus günstigeren Situation befand. Im dortigen politischen System spielte das Parlament eine wesentliche, durch Tradition anerkannte Rolle. Die politischen Eliten waren ebenfalls an das parlamentarische Leben gewöhnt. Doch sowohl im vor- als auch in nachtrianonischen Ungarn wurde das Parlament in hohem Grade durch bedeutende Vollmachten der Regierung und des Regierungschefs (und danach des Regenten) eingeschränkt. Es kam daher niemals – wie in Polen in den Jahren von 1921 bis 1926 – zur „Allmacht des Parlaments“, das nicht die Grundlage, sondern eines der Elemente der Machtausübung war.

Im ungarischen parlamentarischen Bereich kam zu einem Kompromiss: die Opposition war so stark, dass sie in sichtbare Konkurrenz zur Regierungspartei trat. Sie konnte die Regierung kritisieren – allerdings ohne Obstruktionsrecht. Auf der anderen Seite war die Regierungspartei so stark und verfügte dazu im Parlament über ein solches Übergewicht, dass sie sich nicht wie in Polen auf Provisorien und „Rechtsbeugungen“ stützen musste. Und schließlich: weder Bethlen, noch Horthy oder Gömbös konnten mit einer ähnlichen gesellschaftlichen Akzeptanz wie Piłsudski rechnen und damit auch nicht auf die Akzeptanz einer ähnlichen Herrschaftspraxis.

Die ungarische Exekutivgewalt hatte schon traditionell eine wesentlich größere Bedeutung als in Polen. Die Regierung wurde bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zwar vom Regenten berufen, rechenschaftspflichtig war sie jedoch dem Parlament. Selbstverständlich einem Parlament, in dem die Regierungspartei die Mehrheit besaß. Das Regierungskabinett konnte nur abberufen werden, wenn ein Drittel der eigenen Abgeordneten dafür war. Während der Regierungszeit von Bethlen kam es dazu nicht. Erst im Jahr 1939 trat dieser Fall ein. Zu diesem Zeitpunkt bestand die Einheit der Regierungspartei aber bereits nicht mehr.

Für die in Ungarn regierende aristokratische Oligarchie war die Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und des Parlamentarismus, selbstverständlich in eingeschränkter Form und an die Bedürfnisse der eigenen Gruppe angepasst, ebenfalls sehr günstig. Die Vorrechte des Regenten (die Gesetze Nr. 23/1933 und 19/1937), die in den dreißiger Jahren erweitert worden waren, schränkten das Parlament zwar ein, drängten es aber nicht (wie die Verfassung 1935 in Polen) an den politischen Rand. Als Beispiel für das Anknüpfen an demokratische Institutionen kann ebenfalls der an der Jahreswende 1938/39 aufgenommene Kampf mit dem Premier Imrédy dienen, der die Umgestaltung der Regierungspartei in eine Massenpartei, eine stärkere Einschränkung des Parlamentes und die Machtausübung durch den Ministerrat mittels Dekreten ankündigte. Die verbündeten Kräfte der liberalen Konservativen um Bethlen, die Partei der Kleinbauern und die Sozialdemokraten überstimmten die Parteigänger des Premiers und zwangen ihn im Februar 1939 zum Rücktritt.

Obigen Beobachtungen legen die Schlussfolgerung nahe, das polnische System sei dem Parlament gegenüber restriktiver gewesen als das ungarische. Obwohl es auch in Ungarn nicht an Fällen von Polizeiterror fehlte, kam es weder zur Besetzung des Parlamentes durch die Armee noch zur Festnahme von Abgeordneten in solchem Ausmaß wie im Rahmen der „Brester Affäre“ in Polen. Solch eine Schlussfolgerung wäre jedoch einseitig und in gewisser

Hinsicht falsch. Als Beispiel sei hier der Grad der gesellschaftlichen Beteiligung am parlamentarischen Leben genannt. 1922 waren in Polen etwa 55 Prozent der Gesellschaft stimmberechtigt und sogar nach der restriktiven Ordnung von 1935 betrug dieser Anteil 50 Prozent. Das ist mit Ungarn nicht zu vergleichen, wo diese Zahl bedeutend geringer war und außerdem ständigen Veränderungen – grundsätzlich zum Schlechteren hin – unterlag. 1920 waren in Ungarn 39,7 Prozent der Bevölkerung stimmberechtigt, 1925 26,6 Prozent, 1935 33,8 Prozent und 1939 30,9 Prozent. Während in Polen bis 1939 das geheime und gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen erhalten blieb, galt das geheime Wahlrecht von 1925 bis 1938 in Ungarn nur in großen städtischen Zentren. Damit war Ungarn im Europa der Zwischenkriegszeit eine Ausnahme. Großen Beschränkungen unterlag ebenfalls das aktive Wahlrecht für Frauen. Hier waren der demokratische „Start“ und die mehrjährige Periode der „Sejmokratie“ in Polen positive Faktoren.

Beide Systeme versuchten jedoch in gleicher Weise, die Rechte des Parlaments einzuschränken. In beiden Ländern schreckte man nicht vor Wahlmanipulationen durch die Bürokratie, die Regierungspartei und die Polizei zurück. Ein für Polen und Ungarn charakteristisches Element war außerdem die Vergrößerung der Rechte des Oberhauses gegenüber dem Abgeordnetenhaus. Die Erweiterung der Rechte des Staatsoberhauptes, das heißt des Präsidenten bzw. des Regenten, geschah ebenfalls auf Kosten des Parlaments und, was wichtig ist, sowohl im Fall Polens wie auch Ungarns mit Zustimmung desselben.

Die Armee

Zu den charakteristischen Merkmalen der autoritären Regimes gehörten auch die spezifischen Interessen und Vorlieben der politischen „Führer“. Sie beschäftigten sich gewöhnlich nicht mit der „alltäglichen Politik“, ihr Interesse galt vielmehr der Außenpolitik und insbesondere der Armee. Piłsudskis Polen und Horthys Ungarn bildeten hier keine Ausnahme. In beiden Staaten kamen charismatische Soldaten an die Macht, die Träger und Symbol des militärischen Mythos waren. Sowohl Piłsudski als auch Horthy waren selbst in Friedenszeiten Oberbefehlshaber. Beide Anführer zeigten sich meistens in Uniform. In den zwei Jahrzehnten der Zwischenkriegszeit, in der selbst ein Zivilist wie Tomáš Masaryk manchmal demonstrativ die Uniform anlegte, war das nichts Seltsames. Symptomatisch war jedoch die Art der Uniformen: Piłsudski zeigte sich zumeist in einer Uniform, die Elemente der in den 20er und 30er Jahren bereits völlig irregulären Uniformierung der polnischen Legionen aufwies (mit einer runden Schirmmütze, *czapka maciejówka* genannt, und einer einfachen grauen Jacke). Horthy hingegen erschien in einer Admiralsuniform, obwohl Ungarn keine Flotte besaß. Es war offensichtlich, dass sie sich einerseits auf die polnischen Legionen, andererseits auf die k.u.k. oder Szegediner Tradition beriefen. Diese historischen Anspielungen erlaubten es, die eigene Macht zu legitimieren. Gleichzeitig hat man es hier mit einem grundlegenden Bestandteil des Kultes um diese beiden Persönlichkeiten zu tun.

Ohne Zweifel bestimmten Horthy und Piłsudski im hohen Maße über die Gestalt der Armee. Aber ihr Einfluss war entsprechend ihrer jeweiligen Stellung im Machtsystem ein unterschiedlicher. Für Horthy war das Militär sein „Augapfel“, sein geliebtes Kind. Ihm widmete er am meisten Zeit. Persönlich bestimmte er aber nur die grobe Richtung, Entscheidungen in Detailfragen überließ er Fachleuten.

In Polen hatte dagegen vor allem Piłsudski (Verteidigungsminister 1926-1935) entscheidenden Einfluss auf den Charakter der Armee. Ohne seine enormen militärischen Erfolge schmälern zu wollen, muss man doch daran erinnern, dass er in militärischen

Fragen ein Autodidakt war, mit all den Vor- aber auch Nachteilen, die daraus resultierten. Vor allem sein Wissen in militärischen Sachfragen war unzureichend (dies bemerkten sogar seine nächsten Mitarbeiter). Weil er sich in vielen Bereichen wie z.B. in der Technik nicht auskannte, wusste er diese in ihrer Bedeutung nicht zu würdigen. Am meisten nahmen ihn Personalangelegenheiten in Anspruch, was bei seiner historischen und persönlichen Voreingenommenheit einen negativen Einfluss auf die Armee auszuüben drohte und tatsächlich auch ausübte. Die Abberufung ihm nicht geneigter Kommandeure in den Jahren 1926 bis 1928 hatte neben der Eliminierung möglicher Konkurrenten noch eine weitere Folge: Seit dieser Zeit wurde von unten kein Versuch mehr unternommen, Piłsudski zu einer Modifikation der bestehenden Zustände oder gar zu einer Eindämmung des Kompetenzchaos zu bewegen. Dies machte sich vor allem in der technischen Rückständigkeit der Armee bemerkbar. Ähnliches kann man vom ungarischen Militär nicht behaupten, bei dem der Mangel an Quantität durch entsprechend hohe Qualität ausgeglichen wurde.

Horthy kannte hingegen für die Armee nur ein Ziel: die Wiedererlangung der alten Grenzen. Ferner war der Admiral um eine absolute politische Ungebundenheit der Armee bemüht, indem er den Offizieren die Zugehörigkeit zu einer Partei verbot. In Polen hingegen wurden bald nach dem Maiumsturz viele Offiziere – besonders solche, die Piłsudski aus der Zeit der Legionen nahe standen, auf zivile Posten versetzt. Im Juli des Jahres 1928 erließ Piłsudski sogar eine Verordnung, in der er die Versetzung von Militärs „auf Stellen in der Verwaltung mittels meiner Befehle“ ankündigte. Während die ersten Jahre durch die Installierung von Offizieren auf Verwaltungsposten der „mittleren Ebene“ gekennzeichnet waren, stellte die Berufung der Regierung unter Kazimierz Świątkowski im April 1929 dazu eine deutliche Zäsur dar. Dieses Kabinett wurde nicht ohne Grund „Regierung der Obristen“ genannt. Der Premierminister selbst war zwar nur Major, dafür saßen im Kabinett ein Marschall (Piłsudski), ein General (F. Sławoj-Skłodkowski) sowie drei Oberste (I. Matuszewski, A. Prystor, I. Boerner). Man muss jedoch festhalten, dass Piłsudski zwar das Militär als Kaderbasis für den zivilen Verwaltungsdienst ausnutzte, die Armee als ganzes jedoch fern von der Politik in den Kasernen beließ.

Ein radikaler Wandel trat 1935 ein, da es von nun an immer schwieriger wurde, militärisches von politischem Handeln zu unterscheiden. Theoretisch wurde die Möglichkeit erwogen, das Militär zur Niederschlagung der Streikbewegung heranzuziehen. Die Instruktionen sahen diesbezüglich eine sogenannte militärische Hilfestellung vor, die den Einsatz des Militärs zur Unterstützung der Zivilbehörden erlaubte. In dem Maße, in welchem diese Möglichkeit im Bereich der Theorie blieb (es ist kein Fall bekannt, bei dem das Militär bei Arbeiter- oder Bauernstreiks eingegriffen hätte), so hatte doch die politisch-erzieherische Tätigkeit des Militärs Einfluss auf die politische Praxis. Allgemein wurde die Armee zur Polonisierung der polnischen Ostgebiete eingesetzt (einschließlich der Taufe von orthodoxen Christen durch Militärgeistliche oder Zerstörung von orthodoxen Kirchen)¹⁷. Eine generelle Militarisierung der Gesellschaft wurde angestrebt, zumindest im Rahmen einer allgemeinen militärischen Vorausbildung aller Bürger. Gleichzeitig wurde das Militär ein wichtiges Propagandazentrum, das über die „Staatsbürgererziehung“ der Gesellschaft wachte. Zudem fing die Armee zumindest in der Provinz an, die Rolle eines politischen Entscheidungsträgers zu beanspruchen, so zum Beispiel bei der Nominierung von Kandidaten für die Abgeordnetensitze.

¹⁷ P. Stawecki: *Następcy komendanta. Wojsko a polityka wewnątrzna Drugiej Rzeczypospolitej w latach 1935-1939* (Die Nachfolger des Kommandanten. Militär und Innenpolitik der Zweiten Republik in den Jahren 1935-1939), Warszawa 1969, S. 161.

Die politischen Eliten

In den totalitären Staaten herrschten in der Regel ganz neue politische Eliten. In autoritären Systemen regierten dagegen die meistens kaum modifizierten ehemaligen Eliten. Diese Regel bestätigt sich vor allem im Falle Ungarns, wo die Macht in den Händen der konservativen Aristokraten verblieb. Die Lage in Polen war etwas komplizierter, weil dort vor dem Ersten Weltkrieg – vielleicht mit Ausnahme von Galizien – keine politische Elite im wahren Sinne des Wortes bestanden hat. Die Basis des politischen Lagers um Piłsudski bildete vor allem die relativ kleine Gruppe der Kombattanten, vor allem aus der Polnischen Militärorganisation (POW) und aus den Polnischen Legionen.

Will man grundsätzliche Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den politischen Eliten im Polen Piłsudskis und im Ungarn Horthys herausfinden, gilt es zwei Sachverhalte zu berücksichtigen: zum einen, dass in beiden Ländern eine uneingeschränkte Dominanz der politischen über die ökonomischen Eliten bestand. Zum zweiten die Tatsache, dass die polnischen „Legionäre“, in Anbetracht der ungeheuer großen Autorität Piłsudskis, die Macht übernahmen, sie behielten und mit niemanden teilten bzw. höchstens zu mehr oder weniger großen Zugeständnissen bereit waren. In Ungarn hingegen kehrte die aristokratische Oligarchie an die Macht zurück. Es gelang der Aristokratie ihre politischen Gegner länger als ein Jahrzehnt zu neutralisieren und indem sie alle wichtigen Posten für sich reservierte, von der Teilhabe an der Macht fernzuhalten. Diese Vorherrschaft konnte jedoch nicht bis zum Ende bewahrt werden. Die große Krise eröffnete neuen gesellschaftlichen Gruppen den Weg zur Macht, vor allem der Schicht der Bürokraten und Beamten.

Das Elitebewusstsein des „Piłsudski-Lagers“ und die damit zusammenhängende Abneigung gegen andere Gruppen waren nicht durch Herkunft oder Besitz bestimmt, sondern durch die politischen Erfahrungen (siehe „Vorgeschichte“). Innerhalb des sehr weit verstandenen „Lagers“ bildete sich schrittweise eine schmale Gruppe heraus, die den besten „Draht“ zu Piłsudski besaß und zu seiner nächsten Umgebung wurde. Aus diesem Personenkreis ging in der Zeit des Übergangs von den zwanziger zu den dreißiger Jahren der Kern der Regierungsmannschaft hervor. In dieser entstand eine natürliche, durch den Generationsunterschied bedingte Trennung. Die Älteren, die vor der Mitte der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts geboren worden waren und mit Piłsudski schon in der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) zusammengearbeitet hatten, gehörten in der Regel zu den Ideologen, die das Aussehen des Systems bestimmten. Die Jüngeren, die ihre Karriere in den Legionen oder in der Polnischen Militärorganisation begonnen hatten, waren eher das ausführende Organ für die von den Älteren formulierte Politik.

Die Gruppe der engsten Mitarbeiter Piłsudskis übernahm – wie schon weiter oben erwähnt – kurz nach dem Umsturz zahlreiche Posten in der zivilen Verwaltung. Von der Jahreswende 1927/1928 an entwickelten diese sich zu einer Interessengruppe, die zur Basis des seit ca. 1930 in sich geschlossenen Lagers der „Obristen“ wurde. Diese relativ kleine, zweifelsohne sehr verdiente Gruppe wurde für Piłsudski unerlässlich. Die Rolle der „Obristen“, denen Piłsudski immer eine gewisse Entscheidungsfreiheit zugestand, gewann in dem Maße an Bedeutung, in welchem sich der Gesundheitszustand des Marschalls verschlechterte.

Die Gruppe der „Obristen“ war vor allem seit 1930 sehr stark hierarchisiert, was zu deren Polarisierung führte. Generell gelang es aber Piłsudski zu seinen Lebzeiten, die zerstrittenen Legionäre zusammenzuhalten. Die Elite erlitt erst nach seinem Tod einen Schock, als sich nämlich herausstellte, dass Piłsudski das einzige feste Bindeglied ihrer

Gruppe gewesen war. Rasch kam es zum Auseinanderdriften des Lagers und zu einer Spaltung der Elite in zwei grundsätzlich unterschiedliche Gruppierungen. Die eine bildete sich um den Staatspräsident Mościcki und wurde nach dessen Amtssitz als „Schlossgruppe“ bezeichnet, die andere um Rydz-Śmigły. Charakteristisch war auch, dass es zu einem deutlichen Generationswechsel kam. Die altgedienten Piłsudski-Anhänger (Sławek, Prystor, Świtalski) gehörten nicht mehr dem Kreis der engsten Entscheidungsträger an und wurden durch Politiker und Militärs aus der jüngeren Generation ersetzt.

Der Maiumsturz gab auch den Landadligen die Hoffnung auf einen Systemwechsel zurück, vor allem auf die Aufhebung der Märzverfassung von 1921, deren entschiedene Gegner sie waren. Für die Konservativen war die Verständigung mit Piłsudski die einzige Chance, zur Macht zurückzukehren, und somit ein Versuch, ihre gesellschaftliche sowie materielle Situation zu retten, die seit Jahren vom links-demokratischen Lager angegriffen wurde¹⁸. Obwohl nicht alle konservativen Gruppierungen Piłsudski unterstützten, kam es in der Regel jedoch zur Anknüpfung von Kontakten (schon während des Umsturzes), die man in der Folgezeit pflegte. Einige der Entscheidungen Piłsudskis im Hinblick auf diese Gesellschaftsgruppe hatten geradezu demonstrativen Charakter. So wurden zum Beispiel zwei Vertreter der ostpolnischen Aristokratie (die sogenannten „żubry kresowe“/ „ostpolnischen Wisente“) Mitglieder der am 2. Oktober 1926 vereidigten Regierung. Drei Wochen später (am 25. Oktober) stattete Piłsudski dem Schloss der Familie Radziwiłł in Nieśwież einen Besuch ab. Diesen Tatsachen wurde eine ungeheure propagandistische Bedeutung zugemessen; unter den Linken riefen sie heftige Kontroversen hervor.

Piłsudski erklärte sich offen für eine die Konservativen begünstigende Politik. Charakteristisch daran war aber, dass diese keine Unterstützung für ein selbständiges politisches Handeln der Konservativen war, sondern die Konservativen dem Piłsudski-Lager einverleibt werden sollten. In diesem Sinne fanden sich Vertreter der Konservativen bei den Wahlen 1928 auf der gemeinsamen Liste des „Parteilosen Blocks für die Zusammenarbeit mit der Regierung“ (BBWR). Diese Wahlen waren ein Erfolg für die Konservativen. Während bei den Parlamentswahlen von 1922 nur 2,3 Prozent Landadlige in den Sejm einzogen, waren es 1928 6,1 Prozent.

Verschiebungen in den Machteliten zeigten die Parlamentswahlen von 1930. Genau wie in den vorangegangenen Wahlen nahmen die Konservativen an ihnen auf der Liste des Regierungsblocks (BBWR) teil. Doch an der Spitze der staatlichen Liste befanden sich – außer Piłsudski, der an erster Stelle stand – Militärs und staatliche Funktionäre. Als nächstes folgten prominente Piłsudski-Anhänger, Vertreter von regierungsnahen gesellschaftlichen und berufsständischen Organisationen sowie Lehrer und Beamte. In den Sejm wurden lediglich acht Landadlige und sechs Industrielle gewählt. Die „Sanacja“ verfügte schon über eine eigene Funktionärsbasis, auf die sie sich stützen konnte. Angesichts der Wirtschaftskrise war der verarmende Landadel von geringer werdendem Nutzen für jenes politische Lager. Im Gegenteil – er musste immer häufiger unterstützt werden.

Die Wege trennten sich, und obwohl sich nach dem Empfinden der „Konservativen“ die regierende Gruppe nach rechts wandte und immer konservativer wurde, so wurde sie doch gleichzeitig auch immer selbständiger und Einflüssen von außen unzugänglicher: es war gerade diese Gruppe, die einen tatsächlichen Zugang zu Piłsudski besaß, was bei weitem

¹⁸ S. Rudnicki, *Ziemiaństwo polskie w XX wieku (Der polnische Landadel im 20. Jahrhundert)*, Warszawa 1996, S. 94.

am meisten zählte. Die Trennung von dem Lager um Piłsudski bedeutete das faktische Ende der politischen Aktivität des Landadels. Den Todesstoß versetzte ihm die Auflösung des BBWR und die neue Wahlordnung mit ihrer Kandidatenbestimmung für das Parlament „von unten“: die Landadligen waren zu wenig in der Gesellschaft verankert.

Der Mai-Umsturz in Polen war eine eigenständige Aktion der Piłsudski-Anhänger. Sie selbst errangen die Macht und sahen keinen Grund, weshalb sie diese mit irgendjemandem teilen sollten. In Ungarn stellte die Beseitigung der Räterepublik ein gemeinsames Unterfangen von „Wien“ und „Szeged“ dar. Staatsoberhaupt wurde danach ein Kompromisskandidat: Horthy. Jene Tatsache konnte nicht ohne Einfluss auf das Bild der politischen Eliten bleiben.

Vor allem aufgrund der „Dualität“ der ungarischen Eliten sowie mangels einer starken, charismatischen Autorität wie Piłsudski entstand kein so homogenes „Lager“ wie in Polen. Natürlich spielten auch in Ungarn, wie übrigens in allen vom Krieg heimgesuchten Ländern, die Kombattanten eine nicht unbedeutende Rolle. Sie besaßen ein Elitebewusstsein und kultivierten das Gefühl von Gemeinschaft und Außergewöhnlichkeit. Ihre Situation war jedoch eine andere als die der polnischen Legionäre zu Beginn der Unabhängigkeit. Sie verfügten nicht über einen Piłsudski vergleichbaren „Führer“ oder über ein attraktiveres Programm als das von Bethlen. Zudem besaßen sie überaus starke Konkurrenten. Die Erringung der Macht auf dem Wege eines Staatsstreiches kam für sie nicht in Frage. Sie mussten auf günstige äußere Umstände warten; solche lieferte jedoch erst die große Krise zu Beginn der dreißiger Jahre.

Das erste Jahrzehnt der „Horthy-Ära“ gehörte uneingeschränkt den konservativen Kräften. Die ungarischen Aristokraten besaßen weiterhin Privilegien, die durch ihre Herkunft begründet waren, so zum Beispiel einen Sitz im Oberhaus. Beibehalten wurde auch das ebenso anachronistische wie komplizierte System von Rangstufen, Begrüßungsformeln und Titeln. Aristokraten und Großgrundbesitzer in Ungarn waren eng miteinander verbunden. Unter ihnen gab es ähnlich wie in Polen eine überaus kompakte Gruppe, die in der Industrie und im Bankwesen tätig war. Diese Gruppe wurde in Ungarn von ca. 50 vor allem assimilierten jüdischen Familien gebildet. Unter der Regierung Bethlen besaßen sie verhältnismäßig großen politischen Einfluss im Rahmen von persönlichen Kontakten, Familienbeziehungen sowie gemeinsamen Interessen. Ähnlich wie der polnische „Leviathan“ war die ungarische großindustrielle Sphäre ein mächtiger Interessenverband, was jedoch nicht ihrer Teilhabe an der Regierung oder im Parlament entsprach. Die politische Elite im engeren Sinne war nicht mit deren Ökonomismus einverstanden, welcher die Priorität der Wirtschaft gegenüber der Politik forderte. Die Ziele der beiden Gruppen waren vor allem in der Krisenzeit nicht zu vereinbaren, als der Einfluss des Staates auf die Ökonomie ausgeweitet und die Regierungseliten 1932 ausgewechselt wurden.

Gyula Gömbös' Ernennung zum Premierminister im Oktober 1932 stellt einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der ungarischen politischen Eliten dar. Charakteristisch war, dass es im Kabinett Gömbös erstmalig seit 1920 keinen Minister mit adligem Titel gab. In gewissem Maße entsprach dies dem allgemeinen Gefühl vom Ende einer Ära. *„When Prince Tassilo Festetics, the second landed proprietor of Hungary died in May 1933, the press lamented the passing of an age“*¹⁹. Tatsächlich verließen die Konservativen die Politik, doch wurden sie nicht wie ihre polnischen Standesgenossen definitiv aus dieser herausgeworfen. Sie blieben zum Teil in der engsten Beratergruppe Horthys und konnten erfolgreich eine weitere Radikalisierung des politischen Lebens

¹⁹ C.A. Macartney, Hungary, London 1934, S. 176.

verhindern. Es erscheint symptomatisch, dass Gömbös auf Empfehlung von Graf Istvan Bethlen Premierminister wurde. Als Gömbös mit Bethlen in Konflikt geriet, verlor auch er die Unterstützung Horthys.

Analysiert man die Situation der politischen Eliten in Polen und Ungarn in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre, kann man einige Ähnlichkeiten konstatieren, auch wenn es zum Teil recht gewagt erscheinen mag, solche aufzustellen. In beiden Ländern kam es damals zu Auseinandersetzungen zwischen zwei Lagern, nämlich zwischen dem konservativen, legalistischen und dem „antidemokratischen“. In Polen kann man dem ersten Lager anfänglich die Gruppe der „alten“ Piłsudski-Gefolgsleute zurechnen, die sich um Walery Sławek sammelten und danach strebten, die sogenannten „Regierungen des Rechts“ zu kontrollieren, sowie später die „Schloss-Gruppe“ um den Präsidenten Mościcki. Dem anderen Lager gehörten die militärisch-bürokratischen Vertreter um Edward Rydz-Śmigły an. Dementsprechend waren dies in Ungarn die Aristokraten um Bethlen und (teilweise) Teleki auf der einen und die Anhänger Gömbös´ und Imrédy auf der anderen Seite. Es lassen sich sogar einige ähnliche Elemente im politischen Handeln hervorheben. 1935 trat Bethlen ostentativ aus der Regierungspartei aus, um seinen Protest gegen die Politik Gömbös zu demonstrieren. Dies lässt sich mit der demonstrativen Auflösung des BBWR durch Walery Sławek in eben jenem Jahr vergleichen. Beide legalistischen Lager verbindet noch eine weitere Eigenschaft: trotz der einstweiligen Siege unterlagen sie doch letztendlich.

Die Regierungsparteien

Der Maiumsturz wurde unter anderem unter dem Motto des „Kampfes gegen das Parteien(un)wesen“ durchgeführt, was es diesem Lager unmöglich machte, gleich nach dem Putsch eine eigene Partei zu eröffnen. Dies wäre auch gar nicht so einfach gewesen, hatte sich doch das „Piłsudski-Lager“ vor 1926 noch keine eigene politische Basis geschaffen. Piłsudski beabsichtigte auch nicht, sich auf eine der schon bestehenden Parteien zu stützen, selbst wenn diese ihre Unterstützung für die „Sanacja“ erklärt hätte. Die parlamentarischen Wahlen, die für den März 1928 angesetzt worden waren, übten einen entscheidenden Einfluss auf die Veränderung der Parteikonzeption aus. Zwei Wege standen zur Auswahl: Die „eigenen Leute“ in den einzelnen Parteien zu halten oder eine wie auch immer geartete Regierungsstruktur zu bilden und an den Wahlen mit einer eigenen Kandidatenliste teilzunehmen. Die zweite Möglichkeit eröffnete eine größere Chance, unangenehme Überraschungen zu vermeiden. Sie beugte eventuellen Koalitionen, Zugeständnissen, Verträgen, Verhandlungen und Kompromissen vor. Trat man mit einer eigenen Liste zur Wahl an, konnte man sich auf die staatliche Verwaltung stützen, die in den Jahren 1926 und 1927 bereits in bedeutendem Maß von Gefolgsleuten Piłsudskis beherrscht wurde.

Das Programm des „Parteilosen Blocks zur Zusammenarbeit mit der Regierung von J. Piłsudski“ (Piłsudski war damals Premierminister) war sehr allgemein gehalten und beschränkte sich darauf, schlagwortartig das System vor dem Maiumsturz zu kritisieren oder den Ausbau der präsidentialen Macht zu fordern. Diese Oberflächlichkeit ergab sich auch aus dem Wunsch, verschiedene Gruppen zu vereinen, die ihren Beitritt zum BBWR erklärt hatten – von den Anhängern der Bauernparteien über die Sozialisten bis hin zu den Konservativen. Letztere ragten durch ein klares und transparentes Programm hervor, das der BBWR als solches nicht vorweisen konnte. Auch aus diesem Grund entstand kein

gemeinsames, homogenes Wahlprogramm. Allgemeinplätze dominierten die Wahllosungen – „prostaatliche“ Arbeit und die führende Rolle von Piłsudski.

Der BBWR war mit dem Ziel gegründet worden, die Wahlen zu gewinnen. Die Gefolgsleute von Piłsudski taten auch alles, um diesbezüglich Überraschungen zu vermeiden. Von Anfang an wurde der BBWR untrennbar mit der staatlichen Verwaltung verquickt (der Hauptwahlkampfstab befand sich in der Politischen Abteilung des Innenministeriums). Der Block erhielt eine gewaltige finanzielle Unterstützung aus den Staatsreserven. Regierungsmitglieder nahmen tatkräftig an der Kampagne teil.

Nach dem Wahlerfolg entstand der Gedanke, den BBWR in eine Partei umzugestalten, was jedoch mit der Losung vom „Kampf gegen das Parteienwesen“ kollidierte. Dennoch gelang es, eine „Regierungspartei“ in das Programm der moralischen Gesundung zu verankern. Denn ein Ziel des BBWR war es, redliche, kluge und verantwortungsvolle Menschen auszuwählen und aus ihnen jene Elite zu formen, die die Vorgaben der Regierung realisierte. Die alte Bezeichnung wurde beibehalten, nicht ohne jedoch in der Propaganda den Begriff „Partei“ wie Feuer zu meiden.

Jedoch die Mehrheit der BBWR-Gliederungen, besonders in der Provinz, existierte nur auf dem Papier. Dort war die Verwaltung oftmals kaum vom BBWR zu unterscheiden. Die regionalen Aktivisten waren meist staatliche Verwaltungsbeamte oder Funktionäre des paramilitärischen „Schützenverbandes“. Selbst dort, wo der BBWR die Wahlen gewann (zum Beispiel in Krakau und Kielce) war er schwach. Hier wiederholte sich ein in autoritären Staaten häufig anzutreffendes Schema: Parteien, die von oben durch eine regierende Gruppe gegründet wurden, blieben im Verhältnis zur staatlichen Verwaltung schwach und unfähig, ohne deren Hilfe und Patronat eine eigenständige Existenz zu führen.

In den Jahren 1928 bis 1930 war allein der Parlamentarische Klub des BBWR eine reale Gemeinschaft. Seine Rolle vergrößerte sich noch, als der BBWR nach den Wahlen im Jahr 1930 dank der ausgeprägten Hilfe, die ihm seitens des Staates zugekommen war, die absolute Mehrheit im Parlament erreichte. Jedoch, so wie der BBWR keine normale Partei sein sollte, so sollte auch der Parlamentarische Klub keine normale Fraktion sein. Er wurde gebraucht, um im Parlament unabdingbare „Sanierungen“ von Gesetzen durchzubringen. Was jedoch bezeichnend war – an ihrer Ausarbeitung nahm die parlamentarische Leitung des BBWR nicht teil und im Plenum des Sejm stellte sie die Vorschläge der Regierung und der „Obristen“ vor. Sogar während der Diskussion um die Verfassung erhielt der Klub den Entwurf erst eine Stunde, bevor die Sitzung beginnen sollte. Die Abgeordneten des BBWR verzichteten auf ihr Recht, Interpellationen einzubringen ebenso wie auf das der persönlichen Immunität.

Als ungünstig für die Konzeption einer regierenden Partei erwies sich die neue Wahlordnung von 1935, nach der der Sejm das Volk und nicht die Parteien repräsentieren sollte. Nicht mehr die zentralen Parteivorstände stellten die Kandidaten auf, sondern lokale Verbände und Organisationen. Hier liegt ein Grund für die Auflösung des BBWR, die ein halbes Jahr nach Verabschiedung der neuen Verfassung eintrat.

Die Auflösung des BBWR war ein leichtsinniger Schritt. Denn es war klar, dass die Opposition, die gegenüber Piłsudski selbst gewisse Skrupel empfunden hatte, gegenüber seinen Nachfolgern, die ohne dessen Autorität auskommen mussten, rücksichtslos auftreten würde. Ein politisches Vakuum war in dieser Situation gefährlich. Demnach stand das „Lager“ alsbald vor der Notwendigkeit, eine neue Organisation zu schaffen. Solange die

Konzeption des BBWR auf die „inneren moralischen Kräfte“ vertraut hatte, endete sie im Fiasko. Der nächste Konsolidierungsversuch wurde um die äußere Bedrohung errichtet – die wachsende Stärke Deutschlands und der UdSSR und die allgemeine Verschärfung der internationalen Situation. Jene – im Übrigen sehr reale – Bedrohung rief die Notwendigkeit hervor, alle nationalen Kräfte zu „einigen“. Nicht ohne Grund trug die im Februar 1937 durch Edward Rydz-Smigły gegründete neue Organisation den Namen „Lager der Nationalen Einigung“ (OZN). Die Errichtung des OZN sollte auch verhindern, dass das Lager der Piłsudski-Anhänger weiter auseinanderfiel, indem es diejenigen einzubeziehen versuchte, die sich bereits von diesem Kreis getrennt hatten.

Ähnlich wie der BBWR sollte auch das OZN theoretisch keine Partei im engeren Sinn sein, sondern eine „Bewegung“, eine „überparteiliche politische Organisation“. Das OZN hatte aber nicht so eine lockere Struktur wie der BBWR. Einerseits konnten sich dem Lager ganze Organisationen anschließen (um die 5000), die gleichzeitig eine gewisse Autonomie behielten, andererseits konnte die propagierte Losung von einer äußeren Bedrohung sowie der Zuwachs der Rolle des Militärs im Leben des Staates nicht ohne Einfluss auf die Struktur des OZN bleiben. Man bemühte sich, das OZN nach dem Muster des Heeres zu organisieren, mit einem „Chef“ an der Spitze, dem ein „Stab“ unterstand. Der Grundsatz einer Ein-Personen-Führung und die strikte Zentralisierung der Partei wurden hervorgehoben. Im Ganzen zählte das OZN über hunderttausend Mitglieder, darunter vor allem Beamte. Ihre Beteiligung lässt sich allerdings nicht nur so erklären, dass sie die politische Richtung akzeptierten, sondern ebenso mit ihrer Furcht um die jeweilige Stellung.

Die Ideologen des OZN verließen die durch den BBWR lancierte „Überordnung des Staates“, was *notabene* eine der grundlegenden Voraussetzungen der Verfassung von 1935 gewesen war. Zum übergeordneten Faktor wurde das Volk – das die Verfassung überhaupt nicht erwähnte. Die Hauptlosung des OZN: „Stark – geschlossen – bereit“ hatte eine bedeutend breitere Bedeutung und enthielt nicht nur die Bereitschaft zum sich anbahnenden Konflikt. Der Herbst 1939 bewies, wie sehr man sich verrechnet hatte.

Im Blick auf die polnische wie auch die ungarische Regierungspartei kann man ein elementares gemeinsames Merkmal finden: Im Moment der Machtübernahme besaßen die politischen Eliten keinerlei eigene politische Struktur. Sie mussten sich entweder völlig neu oder als Ergebnis eines Kompromisses zwischen bereits existierenden Organisationen formieren. Dieser Prozess war in Polen bedeutend schwieriger, weil die Ungarn aus einer zweifellos besseren Position starteten. Sie kannten bereits eine lange Tradition konservativer, liberaler Regierungsparteien. Zu Beginn der „Horthy-Ära“ beschränkte sich die Kritik auf linke Parteien, nicht aber auf das Mehrparteiensystem als solches. Da die negativ besetzte Losung von der „Parteilichkeit“ nicht fiel, flüchtete man nicht vor der Gründung einer eigenen Partei – ganz im Gegenteil wurde das demonstrativ vollzogen.

Obwohl das Fehlen eines charismatischen Anführers wie Piłsudski in Ungarn nicht zu der Situation führte, in der die Person des „Führers“ in Gänze ein Programm ersetzte, so gelang es doch ähnlich wie in Polen nicht, eine einheitliche „Regierungsideologie“ zu konstituieren, die durch die führende Partei repräsentiert wurde. Verursacht wurde dies durch den „konsolidierenden“ Charakter der Partei, die verschieden politische Orientierungen zu verbinden suchte. Die erste Regierungspartei der „Horthy-Ära“ – die Vereinigte Christlich-Nationale Partei der Ackerbauern und Kleinlandwirte (1920-1921) war keine Partei in der wirklichen Bedeutung dieses Wortes, sondern ein Verbund autonomer Organisationen. Auch die 1922 entstandene sogenannte Einheitspartei war trotz ihrer Bezeichnung kein monolithischer Block. Ähnlich wie Walery Sławek in Polen wollte auch Bethlen innerhalb der

Partei die Hegemonie seiner Gruppe erhalten. Im BBWR waren das die Piłsudski-Anhänger, in der Einheitspartei – die konservative Mitte. Der anfangs recht starke Flügel der Agrardemokraten begann schrittweise Einfluss zu verlieren. Das war ein verhältnismäßig langsamer, aber konsequenter Prozess, der im Jahre 1931 damit endete, dass die eigenständige Unabhängige Partei der Kleinlandwirte gegründet wurde, die in „milder“ Opposition zur Regierung stand.

So sehr man in dem obigen Prozess Gemeinsamkeiten mit dem BBWR entdecken kann - von der parlamentarischen Tätigkeit beider Parteien lässt sich dies nicht behaupten. Der BBWR diente im Parlament zum folgsamen „Heben der Hände“ und realisierte Bestimmungen von außen. Trotz innerer Zersplitterung jedoch trat der Parlamentarische Klub des BBWR prinzipiell einheitlich auf. Hingegen wollte jede derjenigen Gruppen, die der Einheitspartei beigetreten waren, ihre parlamentarische Vertretung für eigene partikuläre Ziele nutzen. Die Agrardemokraten beispielsweise, um die Landreform, eine demokratische Wahlordnung sowie ein progressives Steuersystem zu forcieren.

Wenn man zwischen dem BBWR und der Einheitspartei wesentlich mehr Unterscheide als Ähnlichkeiten entdecken kann, so entsteht ein umgekehrter Prozess zwischen dem OZN und der Partei der Nationalen Einheit (27.10.1932-22.2.1939). Auffällig ist schon die Übereinstimmung der Bezeichnungen. Den Zuwachs der Bedeutung der Beamten habe ich bereits erwähnt. Charakteristisch waren auch die Versuche, die Partei der Nationalen Einheit zu „militarisieren“, ihr eine zentralisierte Struktur mit einem „Führer“ (partvezér) an der Spitze zu verleihen sowie die Bedeutung des „Staates“ gegenüber jener der „Nation“ zu vergrößern. Ähnlich wie im OZN waren in der Partei von Gömbös und später Imrédy praktisch keine Konservative vertreten. Ende 1938 trat die Mehrheit der Anhänger von Bethlen infolge der antiparlamentarischen Pläne des Premiers Imrédy aus der Partei aus, die die Mehrheit im Parlament verlor.

Schlussbemerkungen

Die Analyse der Systeme von Polen und Ungarn bestätigt die Regel, dass die autoritären Regime in Ostmitteleuropa, unabhängig von den historischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, letztendlich einem vereinheitlichenden Prozess unterlagen, und so *sui generis* eine „autoritäre Internationale“ schufen. Und sie bestätigt auch die Tatsache, dass die Erinnerung von völlig anderen Gesetzen regiert wird.

Beide Systeme zerfielen in einer Atmosphäre von Niederlage und allgemeiner Enttäuschung. Allerdings wurde die polnische Staatsform ausschließlich durch äußere Aggression zerstört. Die Sanacja-Eliten konnte man zwar beschuldigen, dass sie das Land nicht vorbereitet und es in schwieriger Zeit verlassen hatten, aber man konnte ihnen kaum Kollaboration oder physische Vernichtung des Volkes vorwerfen. Hingegen verwickelten die ungarischen Eliten das Land selbst in die tragischen, für Ungarn katastrophalen Kriegswirren. Diese „End-Determinante“, ebenso wie die nicht weniger wichtigen Entstehungsbedingungen der jeweiligen Staatsformen, das wirkliche Charisma der Personen, die diese Staatsformen symbolisierten, beeinflussen die äußerst unterschiedliche Beurteilung der Ära Piłsudski und Horthy im historischen (und bedingt politischem) Bewusstsein der zeitgenössischen Gesellschaften. Obwohl in beiden Ländern die kommunistischen Machthaber auf ähnliche Art und Weise versuchten, die physischen Überbleibsel der alten Systeme und die Erinnerung zu bekämpfen, so bewahrte sich die polnische Gesellschaft doch bedeutend mehr positive Empfindungen gegenüber Piłsudski

als die ungarische gegenüber Horthy. Dies bezieht sich im Wesentlichen auch auf die Zeit, die diese Politiker repräsentieren.

In „Volks“-Polen blieb Piłsudski ein Symbol der Unabhängigkeit. Sein Grab in der unterirdischen Kathedrale im Wawel war ein ständiger Programmpunkt touristischer Ausflüge, die in den dreißiger Jahren herausgegebenen „Werke“ erzielten auf dem antiquarischen Markt gigantische Preise und Handwerker konnten gute Gewinne erzielen, indem sie ihn symbolisierenden Kitsch herstellten.

1965 wurden Daten zum historischen Bewusstsein unter der Intelligenz erhoben. Piłsudski konnte sich dabei auf die dritte Position nach dem traditionellen Volkshelden Tadeusz Kościuszko und dem ersten Herrscher Polens Mieszko I. (damals feierte Polen gerade seine tausendjährige Staatlichkeit) vorschieben. Als 1985 Jugendliche nach der wichtigsten Person in der polnischen Geschichte gefragt wurden, nahm Piłsudski hinter Kościuszko den zweiten Platz ein. Diese Position hielt er auch nach 1989. Auf die Frage, auf welche Person man stolz sein sollte, die Mitte 1994 in einer Umfrage zur öffentlichen Meinung gestellt wurde, entfielen auf Kościuszko 43,2 Prozent positive Antworten und auf Piłsudski 31,9 Prozent – der so Papst Johannes Paul II. (26,6 Prozent) hinter sich ließ. Eine negative Einschätzung gegenüber Piłsudski äußerten lediglich 1,2 Prozent der Befragten²⁰.

Leider ist es mir nicht gelungen, ältere ungarische Untersuchungen einzubeziehen (und es ist mir auch nicht klar, ob sie überhaupt existieren). Es scheint jedoch, dass sie nicht besonders von den Ergebnissen einer Befragung aus dem Jahr 1996 abweichen würden. Auf die Frage nach „positiven Zeiten“ in der Geschichte Ungarns erzielte die Herrschaft von König Mathias Korwin (1458-1490) die meisten positiven Antworten (30 Prozent). Die Zeit des Sozialismus schätzten 10 Prozent der Befragten als positiv ein, die „Horthy-Ära“ lediglich 2 Prozent. Als tragische Periode beschrieben die meisten Befragten den Zweiten Weltkrieg (24 Prozent). Die Zeiten Horthys wurden wiederum praktisch nicht berücksichtigt (3 Prozent)²¹.

Nach der Wende von 1989 wurde in Ungarn das einzige Denkmal Horthys in seinem Geburtsort Kenderes aufgestellt, als sein Leichnam im September 1993 aus Portugal dorthin überführt wurde. Es wurde das Ereignis des Jahres, jedoch vor allem in einem negativen Sinn. So sehr die vorherigen "nationalen Begräbnisse" von L. Rajk, I. Nagy und J. Mindszenty die Ungarn verbunden hatte, so dividierte sie dieses auseinander und schuf Antagonismen in der Gesellschaft und unter Politikern. Die Zustimmung zu diesem Begräbnis wurde für das damals regierende Ungarische Demokratische Forum (MDF) zu einem Faktor, der die Wahlniederlage von 1994 begründete. Und niemandem würde es in den Sinn kommen, Schulen oder Plätze nach Horthy zu benennen²².

In Polen hingegen ist die Zahl der nach 1989 gefertigten Piłsudski-Denkmalen und -Gedenktafeln schwer zu berechnen (nur in der ersten Hälfte der 90. Jahre entstanden in einer einzigen Gießerei in Gleiwitz/Gliwice etwa 150 Denkmäler von Piłsudski)²³. Seinen Namen tragen unzählige Straßen, Schulen, Truppeneinheiten und gesellschaftliche

²⁰ „Polityka“ („Politik“), Nr. 26, 1994.

²¹ „Magyar Nemzet“, 15.4.1996.

²² M. Lechowska, *Węgrzy patrzą na swą historię (1945-2003)* (Die Ungarn sehen eigene Geschichte, 1945-2003), Warszawa 2004, S. 69-98.

²³ Siehe z.B.: *Pomniki Piłsudskiego (Piłsudskidenkmäler)*

<http://www.ioh.pl/forum/viewtopic.php?t=9013&sid=e3d7351c7368e583e8f1730a1ecc50a3>, 18.03.2008.

Organisationen. Politiker der Rechten (Lech Wałęsa, Leszek Moczulski) eifern ihm – zuweilen auf groteske Weise – nach.²⁴ Auch ehemalige Kommunisten (A. Kwaśniewski, Präsident 1995-2005) berufen sich auf die Worte des Marschalls. Während der Debatte zwischen zwei polnischen Staatspräsidentenkandidaten (Oktober 2005), beide – sowohl der Liberale Donald Tusk, als auch Konservative Lech Kaczyński bezeichneten Piłsudski als das wichtigste politische Vorbild. In der Ideologie der „IV Republik“, die von der 2005-2007 regierenden Partei „Recht und Gerechtigkeit“ propagiert wurde, waren die „Sanacja“-Merkmale leicht zu erkennen. Und auch bei den Wahlen im Oktober 2007 hat diese Ideologie eine spektakuläre Niederlage erlitten. Das ist vielleicht ein gutes Zeichen für die Zukunft.

²⁴ Siehe M. Urbanek: *Piłsudski bis (Piłsudski noch einmal)*, Warszawa 1995.

Anhang

1. Chronologie Polnische Geschichte im 20. Jahrhundert

Bis 1914

Das Gebiet Polens ist auf Österreich, Preußen und Russland aufgeteilt. Vor Beginn des Ersten Weltkrieges entstehen über die Teilungsgrenzen hinweg zwei politisch dominierende Lager: Die Politik der Nationaldemokraten ist auf eine Zusammenarbeit mit dem zaristischen Russland ausgerichtet, die von Józef Pilsudski geführte Polnische Sozialistische Partei (PPS) strebt zunächst die Unterstützung der Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn gegen Russland an, um in einer zweiten Phase (mit der Unterstützung der Westmächte) die Unabhängigkeit Polens zu erreichen.

1914-1918

Mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges stehen sich die Teilungsmächte feindlich gegenüber. Deutschland und Österreich-Ungarn erklären am 5. November 1914 das selbständige Königreich Polen, das auf Seite der Mittelmächte in den Krieg einziehen soll. Am 17. Jänner 1917 tritt in Warschau der Provisorische Staatsrat zusammen, dem auch Pilsudskis PPS angehört. Diese verfügt in Galizien über umfangreiche bewaffnete Legionen. Nach Auseinandersetzungen mit den Mittelmächten, wird Pilsudski jedoch verhaftet, der Staatsrat wird aufgelöst und durch einen Regentschaftsrat ersetzt. Am 15. August 1917 wird das polnische Nationalkomitee (KNP) in Lausanne gebildet, das im Herbst 1917 von den Alliierten als polnische Interessensvertretung anerkannt wird. Woodrow Wilson fordert in seiner Vierzehn-Punkte-Erklärung vom 8. Jänner 1918 die Schaffung eines unabhängigen polnischen Staates. Nach der so genannten Oktoberrevolution und der Bildung der Sowjetunion wird der Friedensvertrag von Brest-Litowsk unterzeichnet, die Sowjetunion verzichtet darin auf die Hoheit in den von den deutschen Truppen besetzten Gebieten, Polens, Litauens und Kurlands. Am 3. Juni 1918 wird die Bildung eines unabhängigen polnischen Staates zum offiziellen Ziel der Alliierten erklärt. Am 7. Oktober erlässt der Regentschaftsrat im noch von den Deutschen besetzten Warschau einen Aufruf, einen unabhängigen polnischen Staats und eine repräsentative Regierung zu bilden. Nach dem militärischen Zusammenbruch Deutschlands und Österreich-Ungarns kehrt Pilsudski am 10. November 1918 aus der Festungshaft nach Warschau zurück und wird zum Oberbefehlshaber der polnischen Truppen ernannt. Seine Machtübernahme wird am 14. November 1918 vom Regentschaftsrat bestätigt. Er wird vorläufiger Staatspräsident und bildet die provisorische Regierung des unabhängigen Polen mit Ministerpräsident Jędrzej Moraczewski. Der Regentschaftsrat löst sich auf.

1919-1921

Kampf ums Staatsterritorium und die Besetzung weiterer Gebiete (Posen, weißrussische Gebiete, Gebiete in Litauen). Nach der Wahl zum Verfassungsgebenden Parlament, die zunächst nur im ehemaligen Kongreßpolen und in Westgalizien stattfindet, verabschiedet das Parlament am 20. Februar 1919 die so genannte Kleine Verfassung. Pilsudski wird in seinem Amt bestätigt. Im Friedensvertrag von Versailles werden Polen fast die gesamte Provinz Posen und weite Teile Westpreußens zugesprochen. Die zur Festlegung der polnischen Ostgrenze vorgeschlagene Curzon-Linie wird von Polen abgelehnt. Ostpreußen entscheidet sich 1920 in einer Volksabstimmung für den Verbleib bei Deutschland, Oberschlesien wird 1921 geteilt; Danzig 1920 zur Freien Stadt erklärt. Am 26. April 1920 beginnt mit dem Einmarsch polnischer Truppen in der Ukraine der polnisch-sowjetische

Krieg. Er endet mit dem Friedensvertrag von Riga vom 18. März 1921, in dem die polnische Ostgrenze neu festgelegt wird. Sie verlief um 200 km weiter östlich als ursprünglich von der Pariser Friedenskonferenz festgelegt wurde. Bei den für Polen erfolgreichen Kriegshandlungen hatte Józef Piłsudski eine wichtige Rolle gespielt. Die Frage der litauisch-polnischen Grenze bleibt ungelöst. Der Sejm nimmt am 17. März 1921 die nach französischem Vorbild gestaltete Verfassung der Republik Polen an, nach der die Regierung wie auch das Staatsoberhaupt vom Parlament abhängig sind. Der Präsident wurde von der Nationalversammlung gewählt und besaß bloße Repräsentationsbefugnisse.

1922-1925

Die früheren Teilungsgebiete politisch, wirtschaftlich und sozial zusammenzuführen, erweist sich als schwierig. Von 1919 bis 1925 werden 14 Koalitionsregierungen gebildet. Piłsudski, der nicht mehr zur Wahl angetreten ist, wird am 9. Dezember 1922 bei der ersten ordentlichen Wahl zum Staatspräsidenten durch Gabriel Narutowicz abgelöst. In Folge legt er im Mai 1923 auch die Ämter des Generalstabschefs und des Vorsitzenden des Verteidigungsrates nieder und zieht sich aus der Politik zurück, wenn er auch weiterhin großen Einfluss hat. Große soziale Probleme und die Massenarbeitslosigkeit entladen sich in Streiks und blutigen Auseinandersetzungen, die Polen an den Rand des Bürgerkriegs führen, außenpolitisch ist Polen isoliert.

1926-1935

Piłsudski marschiert am 12. Mai 1926 mit mehreren Armee-Einheiten in Warschau ein. Nach mehrtägigen Kämpfen stürzt die Regierung. Präsident Wojciechowski und Ministerpräsident Witold Witos treten zurück. Piłsudski lehnt das Amt des Staatspräsidenten ab, da die Verfassung dem Präsidenten zu wenig Befugnisse zusprechen würde. Stattdessen wird er Verteidigungsminister und Generalinspekteur der Streitkräfte und später auch Ministerpräsident (zunächst bis Juni 1928). Staatspräsident wird Ignacy Mościcki. Piłsudski errichtet gestützt auf das Militär eine Staatsform autoritärer Prägung, in der Verfassung wird 1926 das exekutive Element und der Staatspräsident gestärkt. Zu Piłsudskis Unterstützung wird im Dezember 1927 der Parteilose Block der Zusammenarbeit (BBWR) gegründet, der bei den Parlamentswahlen 1928 trotz Manipulation jedoch nicht die Mehrheit erringen kann. Im April 1929 beruft Piłsudski das erste Obristenkabinett unter der Führung eines Militärs ein, Oppositionelle werden verhaftet (Brester Verhaftungen). Manipulierte Wahlen im Herbst 1930 führen zu einem Sieg des Regierungsblocks. In Folge der Weltwirtschaftskrise verschärft sich die (ab 1926 verbesserte) wirtschaftliche Lage wieder. 1932 wird ein Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion, 1934 einer mit dem Deutschen Reich geschlossen. Ein Ermächtigungsgesetz vom März 1933 erleichtert die Ausarbeitung einer autoritären Präsidialverfassung, die im April 1935 beschlossen wird. Die Rechte des Parlaments werden ausgehöhlt. 1935 stirbt Piłsudskis. Infolge übernehmen die Militärs mit Edward Rydz-Śmigły an der Spitze die Macht im Staat. Formell ist Rydz-Śmigły nur der zweit mächtigste Mann im Staat, defacto übt er aber die Macht aus.

1938-1940

Es kommt zur Anerkennung einer gemeinsamen Grenze mit Litauen. Polen lehnt am 26. März 1939 die Forderung Deutschlands nach Übernahme Danzigs durch Deutschland und den Beitritt zum Antikominternpakt ab. Großbritannien gibt am 31. März 1939 die Erklärung ab, im Falle einer deutschen Aggression Waffenhilfe zu leisten. Daraufhin kündigt Deutschland den Nichtangriffspakt mit Polen. In einem geheimen Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 werden deutsche bzw. sowjetische Interessensgebiete in Mittel- und Osteuropa festgelegt. Am 1. September 1939 beginnt der deutsche Angriff auf Polen. Die Rote Armee besetzt am 17. September 1939

Ostpolen. Ende September 1939 wird in Paris eine polnische Exilregierung gebildet. Im Oktober 1939 werden die westlichen Provinzen dem Deutschen Reich als Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland angegliedert, das von der Wehrmacht besetzte zentralpolnische Gebiet wird zum Generalgouvernement erklärt, die ostpolnischen Gebiete werden Anfang November 1939 der Weißrussischen und der Ukrainischen Sowjetrepublik eingegliedert. Juden und Jüdinnen werden verfolgt: Im Mai 1940 wird mit dem Bau des Konzentrationslager Auschwitz begonnen. PolInnen werden in die Sowjetunion und ins Generalgouvernement verschleppt.

1941-1942

Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 führt zu einem weiteren Vordringen der Deutschen in Richtung Osten und der Besetzung weiterer polnischer Gebiete. Am 30. Juli 1941 schließt die Exilregierung unter britischem Druck einen Freundschafts- und Beistandspakt mit der Sowjetunion. 1941/1942 beginnt die systematische Ermordung der Juden aus ganz Europa, zahlreiche PolInnen werden als ZwangsarbeiterInnen ins Deutsche Reich verschickt. Widerstand formiert sich im Untergrund.

1943-1944

Im April 1943 bricht die Sowjetregierung die angespannten Beziehungen zur polnischen Exilregierung ab. Aufstand im Warschauer Ghetto im April/Mai 1943. US-Präsident Roosevelt und der britische Premierministerhalten halten bei einem Treffen in Teheran im November/Dezember 1943 hinsichtlich Polen fest, dass sein Staatsgebiet zukünftig von der Oder-Neiße-Linie im Westen und im Osten von der Curzon-Linie begrenzt sein soll. In dem von der Roten Armee befreiten Lublin konstituiert sich am 25. Juli 1944 das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung unter kommunistischer Führung. Es beansprucht die Regierungsgewalt in Polen. Der Warschauer Aufstand (August bis Oktober 1944) wird von den deutschen Truppen blutig niedergeschlagen.

1945

Das Lubliner Komitee erklärt sich ohne Berücksichtigung der Exilregierung am 1. Jänner zur Provisorischen Regierung und siedelt in das während der Winteroffensive befreite Warschau über. Auf der Konferenz von Jalta wird die Westverschiebung Polens festgeschrieben. Die Sowjetunion kann sich in Hinblick auf die Anerkennung der kommunistisch dominierten Provisorischen Regierung durchsetzen, dieser wird jedoch auferlegt, sich demokratisch umzubilden. Am 28. Juni wird eine Regierung der nationalen Einheit gebildet, in der auch Mitglieder nichtkommunistischer Parteien und Exilpolitiker vertreten sind. Auf der Potsdamer Konferenz wird die polnische Verwaltung der Gebiete östliche der Oder und der Görlitzer Neiße bis zur endgültigen Regelung durch einen Friedensvertrag anerkannt, der genaue Verlauf der neuen Ostgrenze wird in einem polnisch-sowjetischen Vertrag am 16. August festgelegt.

1946-1948

Der kommunistischen PPR kommt in der bis 1947 bestehenden Provisorischen Regierung eine Schlüsselposition zu. Industriebetriebe werden enteignet und eine Bodenreform durchgeführt. Bei den Wahlen zum Verfassungsgebenden Parlament am 19. Januar 1947 erlangt der kommunistisch dominierte Block durch Wahlmanipulation die Mehrheit. Staatspräsident wird Boleslaw Bierut. Im Februar wird eine kommunistische Regierung unter Józef Cyrankiewicz gebildet. Oppositionelle PolitikerInnen werden verfolgt. Die Polnische Arbeiterpartei und die Sozialistische Partei werden im Dezember 1948 zur Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) zwangsvereinigt.

1949-1955

Polen ist ein Gründungsmitglied des COMECON (Council for Mutual Economic Assistance) bzw. RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Die DDR erkennt am 6. Juli 1950 die Oder-Neiße-Linie als „Friedensgrenze“ an. Die im Juli 1952 angenommene Verfassung schließt die Entwicklung zur Volksdemokratie ab. Staat und Wirtschaft werden nach sowjetischem Modell organisiert. RegimegegnerInnen werden verfolgt. Die katholische Kirche spielt eine zentrale Rolle im Kampf gegen das kommunistische System. Im Mai 1955 ist Polen ein Gründungsmitglied bei der Unterzeichnung des Warschauer Pakts.

1956

Nach dem 20. Parteitag der KPdSU und dem Tod Bieruts kommt es zu Entstalinisierungsmaßnahmen. Angesichts der schlechten Versorgungslage und der sowjetischen Präsenz kommt es trotzdem zu Unruhen, die im Juni 1956 im Posener Aufstand ihren Höhepunkt finden. Weitere Demonstrationen und der Autoritätsverlust der PZPR bringen im Oktober 1956 Władysław Gomułka an die Macht. Er wird erster Sekretär der PZPR. Es kommt zu Lockerungen bei der Zwangskollektivierung, der restriktiven Kirchenpolitik und auf kulturellem Sektor. Ab 1957 werden die Liberalisierungen jedoch wieder eingeschränkt.

1968

Im März 1968 wird die parteiinterne Opposition nach einem Studentenstreik ausgeschaltet. Im August beteiligt sich die polnische Armee an der Niederschlagung des Prager Frühlings.

1970-1978

Am 7. Dezember 1970 wird ein Normalisierungsvertrag mit Deutschland unterschrieben. Streiks der Danziger Werftarbeiter führen zum Rücktritt Gomułkas. Edward Gierek wird I. Sekretär der PZPR. Personelle Veränderungen in der Partei und in der Regierung sowie sowjetische Wirtschaftshilfe tragen dazu bei, dass sich die Situation entspannt. Gleichfalls werden Liberalisierungsmaßnahmen, darunter auch verbesserte Reisemöglichkeiten – gesetzt. Die vor dem Hintergrund der weltweiten Energie- und Wirtschaftskrise ab Mitte der 1970er Jahre und der hohen Staatsverschuldung einsetzenden Versorgungsschwierigkeiten sowie eine am 10. Februar 1976 verabschiedete, als unzureichend empfundene Verfassungsreform führen jedoch neuerlich zu Streiks und Unruhen, die von der Regierung massiv unterdrückt werden. Erste regimekritische Komitees entstehen, die ihre Forderungen im Rahmen der Bürgerrechtsbewegung stellen. Im Oktober 1978 wird der Krakauer Kardinal Karol Wojtyła zum Papst (Johannes II) gewählt.

1980-1989

Eine neue Preis- und Inflationswelle führt im Frühsommer 1980 zu landesweiten Streiks. Der Streik wird von einem überbetrieblichen Streikkomitee unter der Leitung von Lech Walesa koordiniert. Die Regierung muss den Streikenden umfangreiche Zugeständnisse machen und die Gründung unabhängiger Gewerkschaften zulassen. Am 17. September 1980 wird die unabhängige Gewerkschaft Solidarność gegründet. Wojciech Jaruzelski übernimmt im Februar 1981 das Amt des Vorsitzenden des Ministerrats und des neuen Parteichefs. Infolge von Streiks ruft er am 13. Dezember 1981 das Kriegsrecht aus. Ein Militärrat unter seiner Führung übernimmt die Macht. Die Solidarność wird aufgelöst, sie besteht jedoch im Untergrund fort. Lech Walesa erhält am 6. Oktober 1983 den Friedensnobelpreis. Preiserhöhungen und Streiks führen erneut zu Unruhen, die nur durch einen Aufruf Walesas im August 1988 beendet werden. Ein Bürgerkomitee unter der Leitung Wałęsas vereinigt im Dezember 1988 die verschiedenen oppositionellen Kräfte. Unter der Ende September 1988

gebildeten Regierung Mieczyslaw Rakowski finden von Februar bis April 1989 Gespräche am Runden Tisch mit der Opposition statt. Sie führen zu einer Legalisierung des Bürgerkomitees Solidarność. Bei den ersten halbfreien Wahlen im Juni 1989 erringt das Bürgerkomitee alle der Opposition zugestandenene Sitze. Der Vorsitzende des Staatsrates Jaruzelski wird Staatspräsident, der Oppositionspolitiker Tadeusz Mazowiecki im August Ministerpräsidenten. Im Dezember 1989 wird die Verfassung geändert und die Republik Polen proklamiert.

1990-2000

Im Jänner 1990 löst sich die kommunistische PZPR auf. Am 14. November 1990 wird der Deutsch-Polnische Grenzvertrag unterzeichnet, der eine endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch das vereinigte Deutschland bringt. Lech Walesa wird am 9. Dezember 1990 zum Staatspräsident gewählt. Mazowiecki tritt zurück. Die politische Situation ist durch eine Vielzahl neu gegründeter Parteien geprägt. Der ersten völlig freien Parlamentswahl am 27. Oktober 1991 folgt die Bildung einer Mitte-Rechts-Regierung. 1991 wird der COMECON aufgelöst. Das „Verfassungsgesetz über das wechselseitige Verhältnis zwischen der Legislativ- und der Exekutivmacht der Republik Polen“ vom November 1992 (so genannte „Kleine Verfassung“) stärkt die Position der Regierung und beschneidet die Rechte des Staatspräsidenten. Eine Reprivatisierung der Wirtschaft erfolgt. Am 19. November 1995 wird Alexander Kwásniewski zum Staatspräsident gewählt. Im Frühjahr 1997 wird eine neue Verfassung verabschiedet und der Warschauer Pakt aufgelöst. Ende März 1998 werden Beitrittsverhandlungen mit der EU aufgenommen. Die im Sommer 1998 beschlossene politische und administrative Neuordnung Polens tritt am 1. Jänner 1999 in Kraft. Der bisherige Zentralstaat erhält eine föderative Struktur. Am 12. März 1999 wird Polen Mitglied der NATO.

2002

Auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen am 12./13. Dezember 2002 wird die Aufnahme zehn neuer Mitgliedsstaaten beschlossen, darunter befindet sich auch Polen.

2003

Unterzeichnung des EU-Beitrittsvertrags in Athen am 16. April 2003. Für den EU-Beitritt sprechen sich in einem Referendum am 7./8. Juni 2003 77,45 Prozent der PolInnen aus.

2004

Polen wird am 1. Mai Mitglied der Europäischen Union.

Quelle: Kosmala, Beate, Lange Schatten der Erinnerung: Der Zweite Weltkrieg im kollektiven Gedächtnis, in: Flacke, Monika, Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen, Band 2, S. 509-540; Meyers Taschenlexikon der Geschichte in 6 Bänden, 2. aktualisierte Auflage, Mannheim 1989; Krzemiński, Adam, Polen im 20. Jahrhundert. Ein Historischer Essay, München 1993; Buras, Piotr / Tewes, Henning, Polens Weg. Von der Wende bis zum EU-Beitritt, Stuttgart/Leipzig 2005.

2. Chronologie Ungarische Geschichte seit 1918

Vor 1918

Ungarn ist ein Teil der K-u-K-Monarchie. Durch den österreichisch-ungarischen Ausgleich 1867 bestehen zwei selbständige konstitutionelle Monarchie mit je einem eigenen Reichstag und Heer, die über Personalunion miteinander verbunden sind und eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik betreiben. Mit dem Ausgleich 1867 wird ein wichtiger Grundstein für den ungarischen Parlamentarismus und die Entwicklung des ungarischen Parteiensystems gelegt, wenn auch nur ein beschränktes Wahlrecht besteht.

1918

Nach der Niederlage der K-und-K-Monarchie im Ersten Weltkrieg verliert Ungarn weite Teil im Süden und Osten des Landes an. Ende Oktober wird die Loslösung von Österreich erklärt und in Folge der „Aster Revolution“ eine bürgerliche demokratische Koalitionsregierung unter Graf Károlyi gebildet. Er proklamiert am 16. November 1918 die ungarische Republik.

1919

Graf Károlyi wird am 11. Jänner zum Staatsoberhaupt Ungarns gewählt. Bereits im März folgt jedoch sein Rücktritt in Folge eines Ultimatus der Entente hinsichtlich weiterer Gebietsabtretungen. Am 21. März wird die Räterepublik unter Belá Kun ausgerufen, sie findet jedoch keine internationale Anerkennung. Rumänen und Tschechen greifen Ungarn an. In der aussichtslosen militärischen Lage dankt der Regierende Rat am 1. August 1919 ab. Wenig später besetzte die königliche rumänische Armee Budapest. In Szeged hatte sich inzwischen eine gegenrevolutionäre Bewegung (getragen von Beamten, Offizieren und verarmten Kleinadeligen) gebildet, zu der auch Admiral Miklós Horthy zählt. Er zieht an der Spitze der neu entstandenen ungarischen Nationalarmee am 16. November 1919 in Budapest ein. Infolge werden die AnhängerInnen der Räterepublik verfolgt.

1920

Miklos Horthy, der auch die Unterstützung einer Gruppe ultrakonservativer Aristokraten, Landbesitzer und hoher Beamten um István Bethlen in Wien hat, wird am 1. März vom ungarischen Parlament zum Reichsverweser gewählt. Damit wird die Monarchie formell wieder hergestellt. Horthy weitet in den kommenden Jahren schrittweise seine Befugnisse gegen das Parlament, aber mit dessen Zustimmung aus. Am 4. Juni 1920 wird der Friedensvertrag von Trianon unterzeichnet, Ungarn verliert etwa zwei Drittel seines früheren Territoriums an die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien. Es kommt zu einem Erstarken und einer Radikalisierung des ungarischen Nationalismus.

1921-1930

Die Nationalversammlung spricht am 6. November 1921 die Thronenthörung der Habsburger aus. Ministerpräsident Graf István Bethlen (1921-1931) gelingt die innenpolitische Konsolidierung des Landes, womit das halbfeudale, autoritäre und christlich-konservativ ausgerichtete Horthy-Regime gefestigt wird, die sozialen Spannungen bleiben aber. Außenpolitisch dominiert der Wunsch nach einer Revision des Vertrags von Trianon. Der Freundschaftsvertrag von 1927 mit dem faschistischen Italien bedeutet das Ende der internationalen Isolierung Ungarns.

1931-1934

Bankenkrise 1931 und in Folge zweimalige Regierungsumbildung. 1932 Bildung einer Regierung unter Gyula Gömbös. Außenpolitisch nimmt Ungarn enge Verbindungen zu Deutschland auf. Durch die Römischen Protokolle vom 17. März 1934 wird eine engere Zusammenarbeit zwischen Ungarn, Italien und Österreich vereinbart.

1938-1939

Ab 14. März setzt die Regierung unter Béla vom Imrédy den innenpolitischen Kurs von Gömbös fort und arbeitet außenpolitisch immer stärker mit Deutschland zusammen. Das Parlament beschließt im Mai 1938 ein Gesetz, das Juden aus dem wirtschaftlichen und sozialen Leben ausgrenzt. Deutschland und Italien teilen im ersten Wiener Schiedsspruch die südlichen Randgebiete der Slowakei und der Karpato-Ukraine Ungarn zu. Ungarn wird Mitglied des Antikominternpaktes und tritt aus dem Völkerbund aus. Verabschiedung des zweiten Judengesetzes im Mai 1939, womit die Nürnberger Rassegesetze übernommen bzw. noch verschärft werden.

1940-1943

Nach dem zweiten Wiener Schiedsspruch 1940 wird Nordsiebenbürgen Ungarn angegliedert. Ungarn tritt dem Dreimächtepakt Deutschlands, Italiens und Japans bei. Am 27. Juni 1941 erklärt Ministerpräsident L. Bárdossy der Sowjetunion den Krieg. 1942 wird István Horthy, der Sohn von Reichsverweser Miklos Horthy, zu dessen Stellvertreter ernannt, womit der Versuch unternommen wird, eine Dynastie zu begründen. Ab März 1942 führt die Regierung von Graf Kállay mit den Westmächten geheime Friedensverhandlungen, die Gespräche scheitern jedoch.

1944-1945

Bei einem Treffen mit Hitler in Salzburg am 17. März 1944 muss Horthy der Besetzung Ungarns und einer Regierungsumbildung zustimmen. Am 19. März 1944 marschieren deutsche Truppen in Ungarn ein. Ungarische Juden und Jüdinnen werden deportiert, nur die Judengemeinde von Budapest bleibt vorerst durch einen Einspruch Horthys verschont. Am 27. August 1944 überschreitet die Rote Armee die Ungarische Grenze, am 11. Oktober unterzeichnet eine ungarische Delegation die Vereinbarung für einen Waffenstillstand, den Horthy durch eine entsprechende Rundfunkansprache verkündet. Hierauf wird er von der SS zum Rücktritt gezwungen und der Pfeilkreuzler Ferenc Szálasi zu seinem Nachfolger ernannt. Die Terrorherrschaft der Pfeilkreuzler dauert von 15. Oktober 1944 bis 4. April 1945. Viele der in Budapest verbliebenen Juden und Jüdinnen sterben als Zwangsarbeiter bei Schanzarbeiten oder auf Todesmärschen Richtung Österreich. Von 3. November 1944 bis 13. Februar 1945 dauert die Schlacht um Budapest. Am 21./22. Dezember 1944 tritt die Provisorische Nationalversammlung in Debrecen zusammen und wählt eine Provisorische Regierung unter General Béla Miklos-Dálnoki. Diese schließt mit Moskau einen Waffenstillstand und erklärt Deutschland den Krieg. Bei den freien Parlamentswahlen vom 4. November 1945 erzielt die Partei der Kleinlandwirte 57 Prozent der Mandate.

1946-1949

Der Führer der Kleinlandwirtepartei wird zum Ministerpräsident und am 2. Februar auch zum Staatspräsident gewählt. Ebenfalls am 2. Februar wird Ungarn zur Republik erklärt. Der Pariser Friede vom 10. Februar 1947 stellt die ungarischen Grenzen vom 1. Jänner 1948 wieder her. Eine Bodenreform, die Verstaatlichung der Großbanken und -betriebe sowie des Schulsystems dienen der sozialistischen Umgestaltung nach sowjetischem Muster. Gleichzeitig verdrängen die Kommunisten unter Mátyás Rákosi systematisch die anderen politischen Parteien aus dem öffentlichen Leben, die schlussendlich verboten bzw. im Falle

der Kommunistischen und Sozialistischen Partei (am 12. Juni 1948 zur Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei, USAP) zwangsvereinigt werden. Mit der Annahme einer neuen Verfassung vom 20. August 1949 wird Ungarn zur Volksrepublik. RegimegegnerInnen werden verfolgt. Rákosi errichtet nach dem Vorbild Stalins eine Diktatur. Am 25. Jänner 1949 erfolgt die Gründung des COMECON (Council for Mutual Economic Assistance) bzw. des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) durch die UdSSR, die Tschechoslowakei, Bulgarien, Polen und Rumänien als Wirtschaftsbandnis der Sowjetunion und der neuen Volksdemokratien in Osteuropa.

1953-1955

Innenpolitische Spannungen machen nach dem Tod Stalins 1953 eine Liberalisierung notwendig. Anstelle des Stalinisten M. Rákosi wird am 3. Juli 1953 Imre Nagy als Ministerpräsident eingesetzt. Er führt wirtschaftliche und politische Reformen durch, der politische Terror lässt nach. Im April 1955 wird er jedoch unter dem Vorwurf der „Rechtsabweichung“ gestürzt. 1955 ist Ungarn gemeinsam mit Albanien, Bulgarien, der DDR, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und der UdSSR ein Gründungsmitglied des Warschauerpakts, dem Militärbündnis der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten.

1956

Nach dem 20. Parteitag der KPdSU und der eingeleiteten Entstalinisierung wird Mátyás Rákosi auch als erster Parteisekretär abgesetzt, sein Nachfolger E. Gerő ist jedoch ebenfalls ein dogmatischer Stalinist. In Demonstrationen, die auch als Reaktion auf die ArbeiterInnenunruhen im polnischen Posen gesehen werden müssen, werden demokratische Freiheiten und die Unabhängigkeit Ungarns gefordert. Imre Nagy bildet erneut eine Regierung, die versucht einen bürgerlichen Rechtsstaat mit einem Mehrparteiensystem zu begründen und Ungarn von der sowjetischen Unterdrückung zu befreien. Ungarn tritt am 1. November aus dem Warschauer Pakt aus und erklärt seine Neutralität. Von 4. bis 11. November schlagen sowjetische Truppen den Aufstand blutig nieder. János Kádár restauriert als neuer Staats- und Parteiführer das kommunistische Regime, das nach anfänglich blutiger Vergeltungspolitik im Laufe der Jahre jedoch gemäßigt liberale Züge annimmt.

1956

Miklós Horthy stirbt in Portugal.

1968

Mit 1. Jänner 1968 tritt eine umfassende Wirtschaftsreform in Kraft, die im Rahmen der sozialistischen Planwirtschaft eine selbständige Produktionsplanung der Betriebe sowie eine begrenzte Freigabe der Preise ermöglicht. Im Zusammenhang mit der Wirtschaftsreform wird auch die Kulturpolitik liberalisiert. Ungarische Truppen beteiligen sich an der Niederschlagung des Prager Frühlings.

1980-1982

Die Zulassung kleiner privater Wirtschaftsbetriebe wird im September 1981 beschlossen (in Kraft 1982). Eine weitere Lockerung der Reisebeschränkungen führt dazu, dass jede/r Ungar/in alljährlich in das westliche Ausland reisen kann.

1987

Nach der Wahl von Károly Grósz zum Ministerpräsidenten (Juni) werden die reformkommunistischen Bestrebungen auf die politische Ebene ausgedehnt. Das

Ungarische Demokratische Forum (UDF) wird gegründet, das sich 1989 als erste bürgerlich-konservative Oppositionspartei formiert. Ein weltweit gültiger Reisepass wird eingeführt.

1988

János Kádár muss am 22. Mai als Parteivorsitzender der USAP zurücktreten. Sein Nachfolger wird der Ministerpräsident Károly Grósz. (Wieder-)Gründung von Parteien. Bildung einer Wende-Übergangsregierung unter Miklós Németh, die den politischen Systemwechsel und die wirtschaftliche Transformation einleitet (Revision der Verfassung, Einführung des Mehrparteiensystems, Einleitung der Privatisierungsprozesse).

1989

Beginn des Abbaus des Eisernen Vorhangs. Öffnung der Grenzen nach Österreich. Von Mitte Juni bis Mitte September finden Gespräche zwischen der Opposition und den Machthabern zur Vorbereitung eines friedlichen Regimewechsels statt. Selbstaflösung der USAP (Anfang Oktober). Mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung durch das Parlament wird am 23. Oktober die Ungarische Republik ausgerufen.

1990

Die erste freie Parlamentswahl seit 1945 bringt der UDF 43 Prozent der Stimmen. József Antall bildet eine Regierung, der er bis zu seinem Tod 1993 vorsteht. Árpád Göncz wird zum Staatspräsidenten gewählt.

1991

Abzug der letzten sowjetischen Truppen. Der COMECON wird aufgelöst.

1994

Ein Assoziierungsabkommen mit der EU tritt am 1. Februar in Kraft, Ungarn beantragt am 1. April die Aufnahme in die Staatengemeinschaft. Die zweite Parlamentswahl nach dem Systemwechsel bringt der Sozialistische Partei unter Gyula Horn (bis 1998) 54 Prozent der Stimmen.

1997

Der Warschauer Pakt wird am 1. Juli 1997 aufgelöst. Die EU-Kommission beschließt am 13. Juli dem EU-Parlament die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Ungarn zu empfehlen.

1999

Ungarn tritt am 12. März der NATO bei. Für den NATO-Beitritt haben sich bei einer Volksabstimmung 1997 85 Prozent der UngarInnen ausgesprochen.

2002

Auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen am 12./13. Dezember 2002 wird die Aufnahme zehn neuer Mitgliedsstaaten beschlossen, darunter befindet sich auch Ungarn.

2005

Ungarn wird am 1. Mai Mitglied der Europäischen Union.

Quelle: Kovacs, Eva / Seewann, Ungarn. Der Kampf um das Gedächtnis, in: Flacke, Monika, Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen, Band 2, 817-845; Meyers Taschenlexikon der Geschichte in 6 Bänden, 2. aktualisierte Auflage, Mannheim 1989.